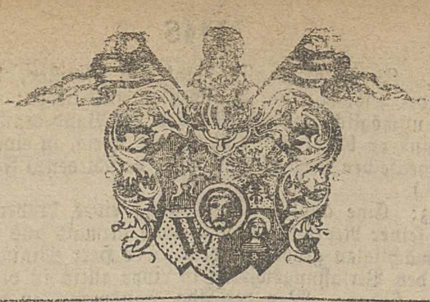
Breslauer Zeitung.



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 224. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 15. Mai 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

32. Sitzung des Herrenhauses. (14. Mai.)

10½ Uhr. Im Hause sind ca. 30 Mitglieder anwesend. Am Ministertisch: Graf zu Eulenburg, Leonhardt, Camphausen, Graf Königsmarck. Der Präsident verliest das Schreiben des Ministerpräsidenten Graf Roon, welches die Entlassung der Handelsministers Itzenplitz und die Ernennung des Unterstaatssecretärs Dr. Achenbach zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, sowie zum Chef der Preußischen Bank anzeigt. — Freiherr von Paleske, Mitglied für den alten und befestigten Grundbesitz Nord-Pommerellen, ist am 1. Mai d. J. gestorben. — Die aus dem Abgeordnetenhause amendirt zurückgekommenen Gesetzentwürfe werden zu Schlußberathung überwiesen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staates wird auf Einsprache des Grafen Mycielski, der darauf hinweist, daß der Commissionsbericht erst gestern Abend zur Vertheilung gelangt ist, während die Geschäftsordnung eine dreitägige Frist zwischen der Vertheilung des Berichts und der ersten Berathung vorschreibt, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Ohne Debatte werden darauf in Schlußberathung den Beschlüssen des anderen Hauses gemäß angenommen: die Gesetzentwürfe betreffend die Erbschaftssteuer, die Steuerreform, das Grundbuchwesen und die Verpfändung von Seeschiffen in der Provinz Schleswig-Holstein. Den Schluß bildet der mündliche Bericht der Geschäftsordnungscommission über die Anträge des Grafen von Krassow und Theune wegen Abänderung einiger Bestimmungen der Geschäftsordnung. Die beantragten Abänderungen, die sich auf die geschäftliche Behandlung von Petitionen beziehen, werden angenommen. Schluß 12¼ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Gesetze, betr. die Geschäftssprache der Behörden und die Betheiligung der Staatsbeamten an Erwerbsgenossenschaften.

76. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (14. Mai.)

10 Uhr. Am Ministertisch Handelsminister Achenbach und mehrere Commissarien.

Der Präsident verliest ein Schreiben des Ministerpräsidenten, in welchem derselbe mittheilt, daß der Handelsminister Graf Itzenplitz die nachgesuchte Dienstentlassung erhalten hat und der Unterstaatssekretär Dr. Achenbach ist zu seinem Nachfolger ernannt ist.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. Neuburg, welcher folgende Anfragen an die Regierung richtet: 1) worin die bisherige Verzögerung des Baues der Eisenbahn von Harburg nach Stade ihren Grund gehabt hat, 2) ob die Stade-Cuxhafener Eisenbahn- und Hafenbau-Gesellschaft in der That die Concession auch für den Bau der Strecke Harburg-Stade erhalten hat, und, — wenn dies der Fall — aus welchen Gründen die Concessions-Ertheilung bisher nicht publicirt worden ist, 3) ob im Falle der Concessionsertheilung, oder auch dann, wenn solche nicht stattgehabt haben sollte, nunmehr Maßnahmen erwartet werden dürfen, welche die rasche Ausführung des Baues der Bahn in sichere Aussicht stellen?

Der Interpellant: Obgleich durch das Gesetz vom 25. März 1872 die Ausführung einer Eisenbahn von Harburg nach Stade verordnet worden, ist dieselbe bisher, nach Verlauf von fast 14 Monaten, noch nicht in Angriff genommen. Diese auffallende Verzögerung eines Bahnbaues, welcher schon seit vielen Jahren vorbereitet gewesen ist, hat in der betheiligten Bevölkerung eine um so größere Verstimmung hervorrufen müssen, als sie schon seit Jahren wiederholte Täuschungen ihrer Hoffnungen auf die endliche Erlangung einer Eisenbahnverbindung hat erfahren müssen, und die längere Ungewißheit über die Feststellung des Bauprojectes in mehrfacher Beziehung störend auf die Gestaltung der öffentlichen Einrichtungen einzelner Orte eingewirkt hat. Die Beunruhigung über das Schicksal der Bahn ist dadurch in neuerer Zeit noch vermehrt, daß dem Vernehmen nach in Gemäßheit des § 1 des oben gedachten Gesetzes die Eisenbahn von Harburg nach Stade der Stade-Cuxhavener-Eisenbahn- und Hafenbau-Gesellschaft überlassen sein soll, ohne daß die desfallsige Concessionsertheilung bisher durch die Gesetzsammlung publicirt worden ist. In Folge dessen sind die Vorarbeiten von Neuem ins Stocken gerathen, indem man jetzt in völliger Ungewißheit über die Organe schwebt, mit welchen man auch nur in präparatorische Verhandlung wegen Förderung des Eisenbahn-Baues treten könnte.

Der Handelsminister: In Bezug auf den ersten Punkt bemerke ich, daß sofort nach Erlaß des erwähnten Gesetzes die Eisenbahndirection in Hannover mit der Vornahme der Vorarbeiten beauftragt ist und diesen Auftrag schleunigst vollzogen hat. Es standen ihr aber mancherlei Hindernisse im Wege, einmal weil es an technischen Kräften fehlte und dann, weil sich eine Umarbeitung der generellen Vorarbeiten als nöthig erwies. Indeß steht für die nächste Woche die Einreichung dieser Vorarbeiten an das Handelsministerium in bestimmter Aussicht. Was die zweite Frage betrifft, so hat die Regierung allerdings von der ihr vorbehaltenen Befugniß Gebrauch gemacht und die Concession kürzlich an die genannte Gesellschaft übertragen. Sie hat aber die Aushändigung der Concession an zwei Bedingungen geknüpft, nämlich daß vorher die Eintragung ins Handelsregister geschehe, und daß eine Caution von 250,000 Thlrn. deponirt werde. Das Letztere ist geschehen, aber die Erfüllung der andern Bedingung steht noch aus und aus diesem Grunde hat die Publication der Concessionsertheilung noch nicht erfolgen können. Endlich wird die Regierung nunmehr mit thunlichster Eile den Bau der Bahn betreiben. Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt eine Interpellation des Abg. Petri, welcher anfrägt, ob die Regierungen nicht den für die gleichmäßige Vertheilung der auf Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau und Kreis Meisenheim lastenden Grundsteuer von 3,200,000 Thlr. auf den 1. Januar 1875 festgestellten Termin weiter hinausrücken wolle, da die Vermessungen behufs Ermittelung des Reinertrags der steuerpflichtigen Liegenschaften in den meisten Kreisen noch sehr im Rückstande seien.

Regierungscommissar Geh. Rath Schuhmann erklärte diese Verzögerung aus dem Mangel an technischen Kräften; die Regierung könne im Moment noch nicht übersehen, bis zu welchem Termin die Vermessungsarbeiten vollendet sein dürften, behält sich aber erforderlichen Falls die Einbringung einer Gesetzvorlage vor. Damit ist auch diese Interpellation erledigt.

Die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt der Jahre 1869 und 70 nebst den dazu gehörigen Anlagen u. s. w. werden in dritter Berathung genehmigt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juli 1872 zur Ueberweisung an Preußen gelangenden Geldmittel bereit gestellten Gelder, wird in erster Lesung ohne Debatte; seine Ueberweisung an eine Commission wird nicht beliebt.

Endlich werden die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des § 3 des Gesetzes vom 19. März 1860 wegen Revision der Normalpreise in zweiter Berathung unverändert genehmigt.

Der Präsident theilt mit, ihm sei Aussicht gemacht worden, daß morgen keine Reichstagssitzung stattfinden werde; er stelle deshalb auf die morgige Tagesordnung die zweite Berathung des Eisenbahn-Anleihegesetzes und setze die Sitzung auf 10 Uhr an. Abg. v. Denzin schlägt vor, die Sitzung schon um 9 Uhr zu beginnen und um 12 Uhr zu schließen. Er habe zu diesem Wunsche einen besonderen Grund. Abg. von Saucken-Tarputschen fragt, ob dieser Grund allgemeiner oder persönlicher Natur sei; im letzteren Falle werde Herr v. Denzin wohl [illegible] (Heiterkeit.) Abg. v. Denzin: Persönlicher Art ist der Grund nicht (Rufe: Sondern?); er ist gemeinnütziger Art. (Große Heiterkeit) Ich nenne ihn aber nicht. Der Antrag Denzin wird darauf angenommen, so daß morgen die Sitzung schon um 9 Uhr mit der angegebenen Tagesordnung beginnt.

Schluß 1½ Uhr.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

32. Sitzung des Reichstages. (14. Mai.)

11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Delbrück, v. Mittnacht, v. Bülow u. A., später Fürst Bismarck.

Auf der Tagesordnung steht der von den Abgg. Büsing (Güstrow und Rostock), Pogge (Schwerin und Strelitz), Prosch, Westphal und Wiggers eingebrachte, von der nationalliberalen, der liberalen Reichspartei und der Fortschrittspartei unterstützte Gesetzentwurf, dessen einziger Artikel also lautet: Hinter Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs wird als besonderer Artikel folgender Zusatz angenommen: In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehende Vertretung bestehen, deren Zustimmung bei jedem Landesgesetz und bei der Feststellung des Staatshaushaltes erforderlich ist.

Abg. Pogge (Strelitz): Der Antrag hat dem Reichstag bereits vorgelegen; das im Bundesrath aus ihm geworden ist, wissen wir nicht, wir haben aber keinen Grund anzunehmen, daß die Regierung des Reiches ihn ohne Weiteres ablehnen wolle. Wenn er heute ebenso lautet wie früher, so liegt das daran, daß sich die Verhältnisse nicht geändert haben. Bei den Verhandlungen über eine Veränderung der mecklenburgischen Verfassung wurde sofort erklärt, daß es sich nicht um eine Reform, sondern um eine Modification der Verfassung handle. Die Vertreter der Ritterschaft erklärten den Vorschlag der Regierung für annehmbar, die Vertreter der Städte konnten in demselben eine Reform nicht erkennen. Das war das Resultat der Verhandlungen. Vielleicht bezeichnet auch heute Herr v. Bülow die Sache als schwebend; ich bitte Sie, nicht allzugroßes Gewicht darauf zu legen. Wir haben das Vertrauen zu den Worten verloren, mögen sie noch so milde gefaßt sein, und glauben nur noch vollendeten Thatsachen. Wir kennen die maßgebenden Persönlichkeiten und wissen, daß eine Abneigung gegen das Reich vorhanden ist. Es ist offen ausgesprochen, daß es nur Aufgabe der Stände sein könne, die Wirkung des Reichs von Mecklenburg möglichst fern zu halten. (Hört! hört!) Der Führer der Ritterschaft steht jetzt an der Spitze des Staatsministeriums. Wie man dort von den Reichsgesetzen denkt, zeigt z. B. die Ausführung des Wahlgesetzes.

Zu Alt-Strelitz, welches eine große Anzahl jüdischer Einwohner hat, wurde ein geachteter jüdischer Kaufmann in den Gemeindevorstand gewählt, aber von der Regierung nicht bestätigt. Mit solchen kleinlichen Mitteln kämpft man gegen die Folgen der Reichsgesetzgebung! Während sonst überall die fürstliche Macht im Kampfe mit den Ständen siegte, gelang es in Mecklenburg den Ständen sich gegen die Fürsten zu vereinigen und sie an einer für das ganze Land segensreichen Thätigkeit zu verhindern. Was in der letzten Zeit Wohlthätiges geschehen ist, haben wir lediglich dem Großherzog unmittelbar zu verdanken, so die Abschaffung der Binnenzölle und vor allen Dingen den ehrlichen und offenen Anschluß an Preußen im Jahre 1866. Nur weiter geht die fürstliche Macht nicht; die Ritterschaft wird aus ihrer Position nicht weichen, Hülfe kann nur von dem Reiche kommen.

In Mecklenburg umfaßt das Domanium, das dem Großherzog direct unterstellt ist, ⅖ des Landes mit ca. 450,000 Einwohnern; dafür giebt es eine Vertretung gar nicht. Die Städte umfassen ⅕ des Landes mit 230,000 Einwohnern; ihre Vertreter sind die Bürgermeister; diese sind aber durchaus von der Regierung abhängig. Ferner ist jedes ritterschaftliche Gut zur Vertretung berechtigt. An eine beschlußfähige Anzahl ist der Landtag nicht gebunden. Eine Geschäftsordnung existirt nicht, ebenso wenig eine Tagesordnung, sondern durch ein Rescript des Großherzogs oder auf Antrag eines Einzelnen kann ein beliebiger Gegenstand zur Verhandlung gestellt werden. Eine Redeordnung existirt ebenfalls nicht, so daß 22 Redner unter Umständen zugleich sprechen. Dann wird vom Präsidenten mit der Glocke geläutet, um den Lärm zu übertäuben, die Redner aber suchen sich zu überschreien und schlagen auf die Tische, daß die metallenen Knöpfe abspringen. (Heiterkeit.)

Während in andern parlamentarischen Versammlungen der Vorsitzende zugleich Auge und Ohr benutzt, um sich zu orientiren, hatten wir eine Zeit lang einen Vorsitzenden und nicht den schlechtesten, der beim Anfang der Discussion die Augen schloß und nun aus dem Wirrwarr der Stimmen sich ein Bild der Verhandlungen machte. Bei dieser Verhandlungsweise kommt man allerdings rasch zum Ziel, ein Jeder kann seine Meinung bloß lassen; aber in den wichtigen Fragen hat die Majorität rücksichtslos ab. (Reichensperger-Crefeld: Ganz wie bei uns!) so rücksichtslos, daß selbst nicht einmal in die Commissionen ein Mitglied der Minorität kommt, so daß die Majorität auch die sachliche Orientirung für sich allein. Es ist vorgekommen, daß der Commissionsbericht mehrere Stunden lang verlesen wurde, dann wurde der Antrag gestellt ohne Discussion darüber abzustimmen. Ein Antrag, eine Repräsentativverfassung zu schaffen, wurde damit gar nicht zur Verhandlung gelassen. Als es sich zu Anfang der sechziger Jahre darum handelte, den Grenzzoll einzuführen, wurde die Regierungsvorlage zweimal abgelehnt. Die Majorität reiste ab, weil [illegible] zum dritten Male eingebracht wurde. Wie aber erstaunte man, als bald der Telegraph die Nachricht brachte, daß die Vorlage zum dritten Male eingebracht und durchgebracht worden sei. Nicht nach den Interessen der Gesammtheit, sondern nach denen der Stände wird verfahren. Nur die Gesetze, welche die Stände selbst betreffen, finden Augen und Ohren. Ein besonders dunkler Punkt sind die Finanzen; wir kennen die Höhe der Einnahmen und Ausgaben nicht.

Der Landesherr bezieht bestimmte Einnahmen aus dem Domanium und einzelnen Regalien, aus denen er seine und des Landes Bedürfnisse bestreitet. Aus dieser Vermischung entstehen unangemessene Verhältnisse; es besteht ein Mißtrauen gegen die Regierung, und allerhand Gerüchte gehen um. Es kommt nicht darauf an, ob sie wahr sind; sie werden geglaubt und das ist eine Schädigung der Monarchie. Der Großherzog von Schwerin baute eine Eisenbahn, man weiß nicht aus welchen Mitteln; jetzt ist die Eisenbahn verkauft. Niemand hat ein Recht zu fragen, wohin das Geld gekommen ist. Als Privateigenthum wird das Seebad Heiligendamm für 600,000 Thlr. ohne Mitwirkung der Landesvertretung verkauft. Wenn auf Mecklenburg ein Antheil aus der Kriegscontribution entfällt, wohin fließt er? Wozu wird er verwendet? In Preußen sind nur ⅚ Thlr. auf den Kopf an Papiergeld ausgegeben, in Sachsen 4⅛ Thlr., in Mecklenburg-Strelitz mit 98,000 Einwohnern sind 800,000 Thlr. Papiergeld! (Hört! Hört!) Solche Verhältnisse führen große Staaten zur Revolution, kleine zur wirthschaftlichen Verkümmerung. Es wird uns schwer, von außen Hilfe zu suchen, man nennt uns in der Heimath die entarteten Söhne des Vaterlandes; aber wir können nicht anders, wir müssen mit diesen Anträgen, ohne zu ermüden, immer wieder kommen, denn wir lieben unser Vaterland. (Beifall.)

Abg. v. Stauffenberg referirt über eine Petition aus Mecklenburg mit nahezu 30,000 Unterschriften und giebt eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen über eine Modification der mecklenburgischen Verfassung. Die Vorlage der Regierung war nicht eine formelle Proposition, sondern nur eine Denkschrift. Durch Beschluß des Landtages zu Sternberg wurde eine commissarische Verhandlung begonnen. Die Landschaft erklärte, daß die Vorlage den Hoffnungen nicht entspreche und daß sie in Ermangelung von Anknüpfungspunkten abzulehnen sei. Die Ritterschaft dagegen erklärte, daß sie die Vorlage für geeignet zur weiteren Verhandlung halte, wodurch sie aber ihre Genehmigung nicht im Voraus aussprechen wolle. Die Vorlage wurde nun dem Comitee, einem engern Ausschusse des Landtages, überwiesen und von demselben folgender Beschluß gefaßt; ein Theil sei mit den allgemeinen Prinzipien der Vorlage einverstanden, ein anderer Theil jedoch glaubt die Vorlage ablehnen zu müssen. Der Finalbeschluß ging dahin, daß man die Landmarschälle ersuchte, den Comiteebeschluß den Landtagscommissarien mitzutheilen. Darauf erfolgte ein Rescript, daß man die Beschlüsse der Stände nicht als geeignet betrachten könne, um danach eine Antwort auf die Proposition entgegenzunehmen. Die Vorschläge gingen dahin, noch einen dritten Stand zu schaffen. Neben dem Stand der Landschaft, die den Vertreter der Städte bilden und der Ritterschaft sollte nun aus dem Domanium, welches dem Großherzog direct unterstellt und im Landtage gar nicht vertreten ist, ein dritter Stand gebildet werden. Das Domanium sollte in Aemter eingetheilt werden; jedes Amt sollte einen Vertreter entsenden. Die Angelegenheiten des Amtsverbandes sollten von einem Amtsvorstande mit einem vom Landesherrn ernannten Amtsdirigenten an der Spitze verwaltet werden; Mitglieder dieses Amtsvorstandes sollten die Gemeindevorsteher sein, die vom Großherzog ernannt werden.

Diese Vorstände sollten dann einen Vertreter in den Landtag wählen. Die Ritterschaft hat sich der Einfügung eines dritten Standes nicht besonders günstig gegenübergestellt. In der Vorlage verzichtete Serenissimus ferner auf das unbeschränkte jus statuendi in dem Domanium; das fürstliche Eigenthumsrecht an dem Domanium soll nicht angetastet werden; ebenso soll die Aufrechterhaltung aller früher eingegangenen Verträge finanzieller Art ermöglicht werden. Es sollen keine Veräußerungen des Domanialbesitzes ohne Einwilligung der Stände vorgenommen werden. Den Ständen wird jährlich ein Etat zur Vereinbarung vorgelegt, der in zwei Theile zerfällt: 1) Allerhöchst festgestellter Etat, bei welchem der Landtag nur rathsame Bedenken zu äußern hat; 2) mit den Ständen zu vereinbarender Etat. Der erste derartige Etat wies an Einnahmen nach unter 1) 1,234,970 Thlr., unter 2) 1,975,890 Thlr.; an Ausgaben unter 1) 553,740 Thlr., unter 2) 1,911,130 Thlr. Alle diese Verhandlungen führten zu keinem Resultat; die Ritterschaft zog schließlich ihre erste Erklärung zurück. Da scheint allen Theilen die Geduld ausgegangen zu sein, denn es finden sich jetzt Klagen und Bitten, die Sache bis zum nächsten Landtag zu vertagen. Denn die Regierung könne bei der Diätenlosigkeit nicht so große persönliche Opfer fordern. (Hört!) So weit sind die Verhandlungen des mecklenburgischen Landtages gediehen.

Bundesbevollmächtigter für Mecklenburg v. Bülow: Ich muß es zunächst für etwas sehr Bedenkliches erklären, die Reichsverfassung zu ändern, um ein Specialgesetz ad hoc einem Einzelstaate gegenüber zur Geltung zu bringen. Bei der Entstehung des norddeutschen Bundes und des Reiches hat man einen bestimmten Spielraum den Einzelstaaten offen gelassen. Diese Beschränkung der Reichsgewalt wurde im wohlerwogenen Interesse des Reiches selbst festgesetzt. Die Reichsverfassung hat doch gewiß auch die Aufgabe, das in den einzelnen Ländern bestehende Recht zu schützen. Dieser Antrag ist aber kein Schutz des in Mecklenburg bestehenden Rechts, sondern das Gegentheil. Mit der in Mecklenburg bestehenden Verfassung sind die mecklenburgischen Herzöge in den norddeutschen Bund eingetreten. Als im Jahre 1869 eine Petition an den norddeutschen Reichstag einging, welche die Ungültigkeit der mecklenburgischen Verfassung behauptete, da hat sich der Bundesrath, dem die Petition überwiesen wurde, dahin ausgesprochen, daß das in Mecklenburg mit anerkannter Wirksamkeit bestehende Recht der alten Verfassung dasjenige sei, was jetzt Anspruch auf den durch die Reichsverfassung gewährleisteten Schutz hat. In demselben Sinne, daß das mecklenburgische ständische Recht für Mecklenburg die zu Recht bestehende Verfassung sei, hat sich ein bedeutender Schriftsteller, der Dr. Kiefer (oder Piper?) in Rostock ausgesprochen. (Heiterkeit.) Die gesetzlichen Factoren im Großherzogthum Mecklenburg sind eben die Stände, wie sie dort bestehen. Und es sind unter ihnen sehr tüchtige Kräfte, die das Ihrige in jeder Richtung leisten. Es ist hier der Ministerpräsident von Schwerin, Graf v. Bassewitz erwähnt worden, ich weiß nicht weshalb (Heiterkeit); aber so viel weiß ich, daß er es gewesen ist, der meinem gnädigen Herrn im Jahre 1866 kräftig beigestanden hat, die großen Schwierigkeiten zu überwinden, die beim Eintritt Mecklenburgs in den norddeutschen Bund zu bewältigen waren. Es ist nun geklagt worden, daß die Versammlung der mecklenburgischen Stände das Land nicht vollständig repräsentire. Es gingen nun aber die Vorschläge der mecklenburgischen Regierung dahin, die Zahl der Vertreter aus der Ritterschaft so weit zu reduciren, daß die Vertreter der anderen beiden Stände ihr an Zahl überlegen sind.

Es ist durch die allmälige Entwickelung des Domaniums mit der Bildung eines Bauernstandes im Erbpachtsverhältniß ein selbständiger Bauernstand bei uns geschaffen, und diese Schöpfung hat sich mehr und mehr bewährt; die Bauern sehen ein, daß es zu ihrem Besten gewesen ist, daß man sie so geführt hat (Heiterkeit). Wir sind in dieser Beziehung nicht unvorsichtig vorgegangen (Sehr wahr! Heiterkeit), sondern so wie es unserer allmäligen Entwickelung angemessen war. Was die Finanzfrage anbetrifft, so sind die mecklenburgischen Finanzen nicht ganz leicht zu übersehen (Heiterkeit), sie liegen eben nicht so klar vor wie in andern Ländern. Es hat übrigens in anderen größeren Ländern Finanzminister gegeben, die durch eine geschickte Gruppirung von Zahlen höchst günstige Ergebnisse zu erzielen wußten, während ihre Finanzwirthschaft nicht einmal so solide war wie in Mecklenburg. Die Regierung hofft auch in dieser Frage durch allmälige Reform zu einer gedeihlichen Fortentwickelung zu kommen. Was die Eisenbahnen anlangt, so ist es gewiß nach dem Verdienst, die Eisenbahnen gebaut zu haben, ein nicht minderer Verdienst, sie mit günstigem Abschluß im richtigen Augenblicke verkauft zu haben. Die Papiergeldfrage ist noch nicht spruchreif. Das Papiergeld ist creirt um Eisenbahnen zu bauen, es ist auf den Namen meines gnädigen Landesherrn creirt. Sobald indeß ein Beschluß des Reichstages in der Papiergeldfrage actuell neue Verfügungen trifft, wird Mecklenburg seine Reichspflicht gewiß erfüllen. Die Landtagsverhandlungen sind abgebrochen worden im Interesse der Sache selbst, damit die ständischen Mitglieder Zeit haben die Sache noch reiflicher zu prüfen und zu überlegen. Ich bin überzeugt, daß dies Werk zu gutem Ende geführt werden wird. Was die Frage wegen des Senators Sanders in Strelitz betrifft, so hat die Regierung ihn in seinem Amte an der Schule bestätigt, nachdem anerkannt war, daß die Schule allerdings ihren confessionellen Charakter verloren habe. Was später geschehen, ist mir nicht weiter bekannt geworden. Ich bin also überzeugt, daß uns hinsichtlich der Erfüllung unserer Pflichten gegen das Reich kein Vorwurf gemacht werden kann und bitte Sie im Interesse einer wahrhaft conservativen und wirklich dauernden Entwickelung unserer mecklenburgischen Zustände den Antrag abzulehnen.

Abgeordneter Miquel: Der Herr Bevollmächtigte scheint durch den Antrag so in die Enge getrieben zu sein, daß er seine frühere Geschicklichkeit in der Vertheidigung der mecklenburgischen Regierung diesmal ganz eingebüßt hat. Mit der Theorie, die er uns entwickelte, daß das Reich die Pflicht habe, das bestehende Recht in den Einzelstaaten zu schützen, kann man die ganze Reichsgesetzgebung überall lahm legen. So lange Reichsrecht vor Landesrecht geht, kann von einem Bruch des Rechts in den Einzelländern nicht die Rede sein, wenn das Reich innerhalb seiner Competenz dieses Recht abändert. Diese Theorie erinnert in bedenklichster Weise an den selig entschlafenen deutschen Bundestag. Wir haben aus den bisherigen Vorgängen die Ueberzeugung schöpfen müssen, daß Mecklenburg sich selber nicht helfen kann, und nur das Reich hier Abhilfe zu schaffen im Stande ist, und daß wir dies endlich thun, dazu sind wir im Interesse des Reichs entschieden verpflichtet. Von einem mecklenburgischen Staat im modernen Sinne kann man gar nicht sprechen. Es giebt keinen mecklenburgischen Staat, sondern nur zwei Stände mit einem Domanium und einem Großherzog an der Spitze. Das sind Zustände, die mit der ganzen Auffassung des Reichs in grellstem Widerspruch stehen. Wir haben bei Schaffung der Reichsverfassung des norddeutschen Bundes es abgelehnt, irgend welche Grundrechte in die Verfassung aufzunehmen, weil wir geglaubt haben, daß solche allgemeine Grundrechte keinen Werth haben, sondern es darauf ankäme, die einzelnen Rechte durch Spezialgesetze auszubauen. Wir stellen aber heute die Forderung, daß die Einzelverfassungen nicht in prinzipiellem Widerspruch stehen dürfen mit der Reichsverfassung. Die Zustände, wie sie gegenwärtig thatsächlich in Mecklenburg bestehen, sind genau dieselben, wie sie in Deutschland kurz nach dem dreißigjährigen Kriege bestanden. (Sehr wahr! links.)

Die mecklenburgische Regierung, weit entfernt, die Verfassung ihres Landes den Bedürfnissen des modernen Staates entsprechend zu machen, ist im Gegentheil eifrig bestrebt, die verrotteten Zustände aufrecht zu erhalten und zu konserviren und sie macht den horrenden Versuch, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein neues mittelalterliches Ständewesen zu schaffen, während alle Grundlagen dafür verschwunden sind. Hier hat das Reich die dringende Pflicht, thatkräftig einzugreifen. Ich erinnere daran, um Großes mit Kleinem zu vergleichen, daß der Freistaat Nordamerika nicht bestehen konnte, so lange noch in einem Einzelstaate die Sklaverei bestand, es war das eine fortwährende Bedrohung seines Bestandes. Es ist mit dem Bestande des deutschen Reiches und der Reichsverfassung auf die Dauer absolut unverträglich, daß der größte Theil des mecklenburgischen Volkes den Charakter einer Art Leibeigenschaft, den Charakter des Hintersassenthums unter der Herrschaft des Ritterstandes habe. Es handelt sich hier um einen schweren Schaden des ganzen Reichs, um eine tiefe Wunde, die endlich einmal geschlossen werden muß. Wir müssen heute das wieder gut machen, was der von der mecklenburgischen Ritterschaft zu Hilfe gerufene alte deutsche Bund schlecht gemacht hat. (Beifall.)

Abg. Herz giebt dem Hause Kenntniß von dem Inhalt einer Petition

aus Lippe, worin über die dortigen Verfassungszustände, die ganz dieselben sind wie in Mecklenburg Klage geführt wird.

Abg. v. Kardorff: Die Verquickung altständischer Institutionen mit constitutionellen Brocken muß immer mißglücken; in Mecklenburg zudem ist sie auf die ungeschickteste Weise versucht worden. Die mecklenburgische Regierung hat sich dadurch alle Parteien verfeindet. Es ist unbegreiflich, wie sich in einem auf drei Seiten von Preußen umschlossenen Lande Anschauungen erhalten und fortgepflanzt haben, die vergangenen Jahrhunderten angehören. Selbst die Bürgermeister der Städte erklären in einem Diktamen, daß sich die Hauptforderung der liberalen Partei, die Budgetbewilligung der Volksvertretung, praktisch noch nicht bewährt habe. Das Widerstreben eines Theils der mecklenburgischen Ritterschaft gegen constitutionelle Zustände erklärt sich aus ihrer Reichsfeindlichkeit; wie aber Freunde des Reichs sich dieser Opposition anschließen können, verstehe ich nicht. Eine moderne Staatsverfassung ist durchaus nicht unverträglich mit einer conservativen Entwickelung; das benachbarte Pommern z. B. schickt unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts resp. des Dreiklassenwahlsystems fast nur conservative Abgeordnete in den Reichs-, wie den Landtag, unsere mecklenburgischen Collegen gehören sämmtlich der liberalen Partei an. Mecklenburg ist mein Heimathland, ich habe bis jetzt geschwiegen, wenn hier an seinen Zuständen harte Kritik geübt worden ist, ich kann es nicht mehr, denn diese Zustände sind unerträgliche geworden; sie müssen aus der Welt geschafft werden. (Beifall.)

Abg. v. Maltzahn-Gültz erklärt, er und seine Freunde hätten bei der ersten Behandlung des Gegenstandes vor 1½ Jahren gegen den Antrag gestimmt und würden es aus denselben Gründen auch jetzt thun. Die Reichsverfassung enthalte keine Bestimmung, wie die Landesverfassungen geartet sein müßten; der Gegenstand gehöre also nicht in die Competenz des Reiches. Eine Ausdehnung derselben nach dieser Richtung würde er nur billigen können, wenn ihm nachgewiesen würde, daß dieselbe im Interesse des Reiches liege. Diesen Nachweis vermisse er, da alle Vorredner nur von Mecklenburg gesprochen hätten. Es sei freilich das Interesse des Reiches um deswillen behauptet, weil es nöthig sei, daß die Verfassungen der Einzelstaaten der des Reiches analog wären. Von diesem Gesichtspunkte aus würde man auch für jedes Bundesland eine monarchische Spitze fordern können. Es sei ferner gesagt, das öffentliche Selbstbewußtsein leide unter den mecklenburgischen Zuständen: ihm scheine, es werde durch beständiges Rütteln an den Bestimmungen der Reichsverfassung noch mehr leiden. Auch er erkenne die mecklenburgische Verfassung für veraltet an, ob die Vorlage der Regierung als Basis für die Reform geeignet gewesen, lasse er dahingestellt. Die Thatsache bestehe aber, daß Verhandlungen über eine Reform der mecklenburgischen Verfassung noch jetzt schwebten: in den Lauf dieser Verhandlungen solle man doch nicht durch Annahme dieses Antrages eingreifen. Er wünsche eine Beendigung der Verfassungsdifferenzen in Mecklenburg schon deshalb, weil er überzeugt sei, daß nach Beseitigung dieses Agitationsmittels die mecklenburgischen Reichstagsmitglieder nicht mehr ausschließlich auf der linken Seite zu finden sein würden. Von Seiten des Reiches aber wünsche er nicht eingegriffen zu sehen.

Abg. Wiggers: Der Herr Bevollmächtigte hat es für nöthig gehalten, die Vertheidigung des Ministerpräsidenten Grafen Bassewitz zu übernehmen und dessen Verdienste bei der Gründung des Norddeutschen Bundes zu betonen. Nun, ich kenne diese Verdienste nicht, aber das weiß ich, daß man ihn nur deshalb angreift, weil er Schuld daran ist, daß wir die seit fast 25 Jahren uns verheißene constitutionelle Verfassung noch nicht, und die von 1849 verloren haben. An dem guten Willen unserer Landesregierung ist durchaus zu zweifeln, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz hat sich durchaus noch nicht mit den Reformbemühungen einverstanden erklärt. Wir leiden schwer unter unserer überlebten Feudalverfassung; wohl sagt man, unsere Finanzwirthschaft sei gut, aber wir wissen nicht, was eingenommen und ausgegeben wird, bei dem Verkauf der Staatseisenbahn hat unser Ländchen allein einen Verlust von 4 Millionen erlitten. Was den Rechtspunkt angeht, so halte ich den Reichstag nicht für verpflichtet, den mecklenburgischen Feudalismus zu schützen; ohne diesen Schutz würden wir sehr bald mit der feudalen Partei eben so rasch fertig werden, wie im Jahre 1848. Der alte Bundestag erklärte sich immer für incompetent, wenn es sich um die Leiden des deutschen Volkes handelte. Treten Sie nicht in seine Fußstapfen! Sie würden, wenn Sie unsere Lage nicht berücksichtigen, die Bevölkerung Mecklenburgs zu der Annexion an Preußen drängen, denn es ist immer besser, in einem Staat mit großen Interessen zu leben, als in einem kleinen zu versumpfen und sich mit vergilbten Privilegien herumzuschlagen. Der mecklenburgische Volksstamm hat durch seine Ausdauer und Mäßigung sich Ansprüche darauf erworben, daß die Vertretung des Reiches ihm zu Hilfe kommt.

Der Bundesbevollmächtigte v. Bülow replizirt darauf kurz, u. A. versichert er, daß der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz die Neigung seines Vetters für Verfassungsreform durchaus getheilt habe. Damit schließt die erste Berathung.

Zur zweiten Berathung erhält Abg. Hausmann das Wort, um gründlich nachzuweisen, daß sein Vaterland Lippe der Reconvalescenz zu gesunden verfassungsmäßiger Zuständen ebenso sehr bedarf, wie Mecklenburg. Lippe ist heute noch in dem Schwächezustand, in dem der alte deutsche Bund es hinterlassen hat, von dem ein gewisser v. B., dessen Namen der Redner nicht verrathen will, „im Gefühl gänzlicher Wurschtigkeit" mit Heine gedacht hat: „O Bund, du Hund, du bist nicht gesund!"

Der Bevollmächtigte für Lippe, Herr Flottwell, ist im höchsten Grade erstaunt, an dieser Stelle die Leiden Lippe's in so formloser Weise und im Fahrwasser eines für Mecklenburg bestimmten Antrages ausgepackt zu hören. Die lippesche Regierung wünsche dringlich durch eine definitive, positive Entscheidung des Reichs die Verfassungswirren in Lippe geendet zu sehen; das Tribunal des Reichstags sei ihr tausendmal lieber, als der Gerichtshof der öffentlichen Meinung in den beschränkten Grenzen eines Kleinstaats. Aber der vorliegende Antrag treffe Lippe gar nicht; dort existire eine gewählte Volksvertretung, welcher Herr Hausmann allerdings nicht angehöre, aber nur weil er Sr. Durchlaucht den Huldigungseid nicht leisten wolle. (Hört! hört.) Die lippesche Regierung biete alles Mögliche zur Herstellung verfassungsmäßiger Zustände auf, aber die „Rechtspartei", wie sich die Freunde des Herrn Hausmann nannten, vereitelte Alles. Sie wolle durchaus wieder die Herstellung des Wahlgesetzes von 1849; von dem Belieben der 21 Leute, welche den Lippe'schen Landtag bildeten, solle die Existenz des Ministeriums abhängig gemacht werden. Er habe bei seiner Berufung als Cabinets-Minister alles Mögliche aufgeboten, um das Chaos zu bändigen; er habe angesehene und intelligente Bewohner Lippe's als Vertrauensmänner berufen, unter ihnen auch Herrn Hausmann, der zwar anfangs zugesagt, dann aber abgeschrieben habe aus dem Grunde, weil die Berufung nach ständischen Principien geschehen, weil theils Bewohner der Städte, theils des platten Landes eingeladen seien; nun kenne er aber doch die menschliche Eigenthümlichkeit, entweder in Städten oder auf dem platten Lande zu wohnen, nicht ändern. (Große Heiterkeit.)

Se. Durchlaucht haben auf das jagdrechtliche Regal verzichtet und eine Amnestie für Jagdfrevel erlassen; die Rechtspartei habe das nur noch mehr gereizt; Herr Hausmann habe es für ein menschenunwürdiges Schicksal erklärt, wenn nicht Jeder auf seinem Grund und Boden jagen könne und doch habe Herr Hausmann selbst mehrere Jagden gepachtet und noch jüngst mehrere Contravenienten gerichtlich verfolgen lassen. (Große, anhaltende Heiterkeit.) Wenn die Landesvertretung Strike mache, so müsse die Regierung doch auf eigene Hand weiter regieren, um den Staat nicht zu Grunde gehen zu lassen (Gelächter links); ja die Fortschrittspartei habe doch selbst in der Conflictszeit nicht verlangt, daß das Ministerium die Regierung niederlegen solle. (Abg. v. Hoverbeck: O ja, das haben wir gethan!) Nachdem der Giftpfeil der Jagdfrage zerbrochen sei, werfe sich die Rechtspartei nunmehr auf die Domanialfrage. Dieselbe berühre allerdings den Lebensnerv aller Kleinstaaten, aber rechtlich entschieden sei sie doch nirgend, überall nur durch Vergleich erledigt. Und nachdem dem Fürsten von Lippe das Domanium zwar als Eigenthum zugewiesen sei, aber nur als Fideicommiß, so daß er ohne Genehmigung der Landesvertretung nichts veräußern könne, sei das doch immer ein acceptabler Vergleich. Wahrlich wenn er sich an die Agitation der Rechtspartei in der Heimath erinnere, an die starken Getränke, die ihm dort vorgesetzt würden, so komme ihm der Antrag eigentlich vor, wie matte Limonade (Heiterkeit). Er hätte es allerdings lieber gesehen, wenn Herr Hausmann den Muth gehabt hätte, hier mit einem directen Antrage in Bezug auf Lippe aufzutreten, statt sich von dem Antrag Büsing ins Schlepptau nehmen zu lassen. (Pfui! Pfui! Großer Lärm links!)

Der Präsident: Hätte ein Mitglied des Reichstags diese Aeußerung gethan, würde ich dasselbe zur Ordnung gerufen haben.

Bundesbevollmächtigter Flottwell: Ich ziehe sie zurück.

Abg. v. Hoverbeck: Ich höre zum zweitenmal zu meinem großen Bedauern, daß der Präsident auf die Befugniß verzichtet, Mitgliedern des Bundesraths gegenüber seine Disciplinargewalt auszuüben.

Der Präsident: Ich habe die ehrenvolle Stellung als Präsident nur unter der Bedingung angenommen, daß ich sie nach meiner ehrlichen Ueberzeugung verwalten darf. Viel lieber würde ich momentan aus ihr weichen, als mir irgend welche Vorschriften machen lassen. Nach meinen Gedanken ist der Disciplin des Präsidenten nur unterworfen, wer sich an seiner Wahl betheiligt hat. In Preußen also könnte ein Minister, der zugleich Abgeordneter ist, der Disciplin des Präsidenten unterliegen; nach unserer Verfassung ist es unmöglich, zugleich Mitglied des Bundesraths, wie des Reichstags zu sein und es bleibt mir deshalb nur übrig, in einem Falle, wie dem vorliegenden, denselben Gedanken in einer verschiedenen Form auszudrücken. (Beifall rechts.)

Abg. Herz: Eine ähnliche Verhöhnung eines braven deutschen Volksstammes und seiner Repräsentation ist noch niemals aus dem Munde eines Bundesbevollmächtigten gehört worden. Der Herr Minister scheint die Veranlassung zu den Verfassungswirren in Lippe allein in der Person des Abg. Hausmann zu finden. War der Abg. Hausmann an der famosen Jagdgeschichte schuld oder der Fürst? Ist nicht durch den Fürsten von Lippe das Wahlgesetz beseitigt und die Verfassung gebrochen worden? Man sagt, der Regierung könne nicht zugemuthet werden, auf das Jahr 1849 zurückzugehen; wer ein Unrecht begangen hat, muß seine Schuld gut zu machen suchen. Die Zustände in Lippe-Detmold sind wirklich kläglich und es ist vollständig gerechtfertigt und correct, daß sich die Petition aus Lippe an den Antrag Büsing anschließt, und die Angelegenheit heute zur Sprache gebracht wird, damit zwei brave Volksstämme endlich einmal aufhören, die Stiefkinder des deutschen Reiches zu sein.

Bevollmächtigter v. Flottwell: Ich will mich nur dagegen verwahren, daß ich irgend eine Verhöhnung des lippeschen Volkes oder seiner Vertretung ausgesprochen hätte. (Rufe: Ja wohl!) Ich habe mich nur gegen die Volkspartei erklärt, aber keineswegs die Volksvertretung verhöhnt. Man weise mir aus dem stenographischen Bericht etwas Anderes nach.

Abg. v. Hoverbeck: Ich kann dem Herrn dabei behilflich sein; er hat ausdrücklich gesagt, daß die 21 Männer, die die Volksvertretung von Lippe bilden, die Macht haben wollten, einen Minister von seiner Stelle zu entfernen, während sich doch das dortige Ministerium in eben so kleinen Zuständen befindet, wie die Volksvertretung. (Heiterkeit.)

Die zweite Berathung wird geschlossen und in namentlicher Abstimmung der Antrag Büsing mit 174 gegen 62 Stimmen angenommen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (3. Lesung des Gesetzes, betr. den Invalidenfonds, Reichseisenbahnamt u. s. w.)

Berlin, 14. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Staats-Minister Grafen von Itzenplitz unter Belassung des Titels und Ranges eines Staats-Ministers die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt und den Unter-Staatssecretär Dr. Achenbach zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und zum Chef der Preußischen Bank ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Oberförster a. D. Wehmeyer zu Mauche, Kreis Bomst, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem bisherigen Director des Real-Gymnasiums zu Wiesbaden, Ebenau, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem pensionirten Gymnasial-Oberlehrer, Professor Dr. Flügel zu Cassel und dem Impresario Pohl, genannt Pollini zu Frankfurt a. M. den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Hegemeister Bogen zu Forsthaus Loppow, Kreis Landsberg, und dem Gymnasial-Gesanglehrer Jung zu Neisse den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Lehrer an der höheren Töchterschule, Gymnasial- und Seminar-Hülfslehrer Dufft zu Erfurt, den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; den pensionirten Steuer-Aufsehern Schlinger zu Finsterwalde, Kreis Luckau, und Freisleben zu Cüstrin, dem Gemeinde-Vorsteher Grimm zu Drögennottorf, Amts Medingen, und dem Schulzen Gaehler zu Engelstein, Kreis Angerburg, Nitusch zu Jurken, Kreis Oletzko und Soyka zu Jaschkowen, Kreis Johannisburg, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann Sali Auerbach in La Union (Salvador) zum Viceconsul des Deutschen Reiches daselbst ernannt.

Se. Majestät der König hat: den bisherigen Superintendenten Lange in Oppeln zum Consistorial-Rath und Mitgliede des Consistoriums der Provinz Schlesien; den bisherigen Kreisrichter und Deputations-Vorsitzenden zu Laasphe, Carl Hermann Eduard Grundschoettel zum Consistorial-Rath und Mitgliede des Königlichen Consistoriums der Provinz Sachsen; und den Oberlehrer Dr. Herm. Eckardt am Friedrichscollegium zu Königsberg i. Pr. zum Gymnasial-Director ernannt.

Dem Gymnasial-Director Dr. Herm. Eckardt ist die Direction des zu Straßburg in Westpreußen neuerrichteten Gymnasiums übertragen worden Der Oberlehrer Dr. Horn ist von Schleswig an das Gymnasium zu Altona und der Oberlehrer Dr. Saegert von Altona an das Gymnasium in Schleswig versetzt worden.

Berlin, 14. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] konnten gestern einer leichten Erkältung wegen der Besichtigung des 2. Garde-Regiments und des Garde-Füsilier-Regiments auf dem Tempelhofer Felde nicht beiwohnen, Allerhöchstdieselben ließen Sich jedoch sowohl vom Kriegs-Minister, als auch vom General von Albedyll Vortrag halten. Um 5 Uhr dinirten Se. Majestät allein im Palais.

Heute nahmen Se. Majestät im Laufe des Vormittags den Vortrag der Hofmarschälle entgegen und arbeiteten alsdann längere Zeit mit dem Civil-Cabinet. Ein Empfang fand nicht statt.

Se. Majestät der Kaiser und König werden, soweit bis jetzt bestimmt, Sich am 29. d. Mts. auf etwa 8 Tage zum Besuche des Kaiserlichen Hofes und der Weltausstellung nach Wien begeben.

(Reichs-Anz.)

⊙ **Berlin**, 14. Mai. [Die Prüfungs-Commission. — Reise des Cultusministers. — v. Gruner.] Nach den Vorschriften der Kirchengesetze wird die Einsetzung der Prüfungs-Commissionen nöthig sein. Bei den im Cultusministerium zur Ausführung der kirchlichen Gesetze getroffenen einleitenden Vorkehrungen handelt es sich nur noch darum, ob für jede Provinz eine solche Prüfungs-Commission eingesetzt werden soll, oder eine für mehrere Provinzen zugleich fungiren wird. — Der Cultusminister wird nächstens eine Reise nach Hessen antreten, um die Einrichtung eines Gesammt-Consistoriums in Vollziehung zu bringen. — Heute haben dreifache Sitzungen stattgefunden, im Herrenhaus, im Abgeordnetenhaus und im Reichstag. Das Herrenhaus hat eine Reihe kleiner Vorlagen sehr rasch erledigt, aber die Gesetzesvorlage wegen Gebrauchs der deutschen Sprache im amtlichen Verkehr noch von der Tagesordnung abgesetzt. Dadurch wird die Aussicht, daß der Landtag seine Sitzungen noch bis zum Himmelfahrtstage beenden werde, beseitigt. — Es ist von hier aus berichtet worden, daß der wiederholte Austritt des Herrn von Gruner aus dem Staatsdienst seinen Grund sowohl im körperlichen Befinden, als in seinem politischen Unvermögen, die verwickelten Aufgaben, welche zur Zeit seiner Amtsführung auftraten, zu bewältigen gehabt habe. Dagegen hat dieser Herr nun in der „Augsb. Allg. Ztg." eine Art von Remonstration ergehen lassen, in welcher er seinen zweimaligen Austritt auf gewisse prinzipielle politische Differenzen zurückführen will. Aber in seinen eigenen Worten liegt schon die Widerlegung seiner Behauptungen. Er ist, wie er selbst sagt, aus dem Ministerium Manteuffel ausgetreten, lange nachdem dies sein politisches Programm in Ausführung gebracht hatte, nämlich im Herbst 1851. Dann das zweite Mal im Frühsommer 1862, d. h. also zu einer Zeit, als das Ministerium, unter welchem er eingetreten war, das Ministerium Schleinitz, schon längst beseitigt war, und nachdem Herr v. Gruner in dem Ministerium, welches dem Schleinitz'schen folgte, d. h. im Ministerium Bernstorff, schon eine Reihe von Monaten, vom März bis in den Sommer fungirt hatte. So bestätigen also seine eigenen Angaben seine Behauptungen in keiner Weise.

= **Berlin**, 14. Mai. [Gesetzgeberische Thätigkeit im Bundesrath, im Reichstage und im Abgeordnetenhause.] Ueber den Stand der Arbeiten bezüglich der Staatspapiergeldvorlage hört man, daß lebhafte Verhandlungen mit den einzelnen Bundesregierungen eingeleitet sind, welche einen günstigen Abschluß erwarten lassen. Verschiedene Mitglieder des Bundesrathes haben sich Instructionen erbeten und es kann hierdurch möglicher Weise eine kurze Verzögerung der Angelegenheit entstehen. Jedenfalls ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß diese Angelegenheit nicht in der laufenden Session zur Erledigung kommen werde. Weitere Veränderungen an dem Gesetze, wie es aus dem Reichstage hervorgegangen, sind nach den Versicherungen bestinformirter Personen nicht zu erwarten. — Durch die Zeitungen geht die Angabe, daß der baierische Justizminister Dr. Fäustle dem Bundesrathe den Entwurf zu einem Vereinsgesetz vorgelegt habe und der k. baierische Ministerialrath Riedel instruirt worden sei, die Intentionen der baierischen Regierung zu vertreten. Diese Angabe ist auf die Thatsache zurückzuführen, daß in München augenblicklich Berathungen über ein Vereinsgesetz stattfinden, aber weder hat Hr. Minister v. Fäustle einen Entwurf dem Bundestag überreicht, noch auch einen Bevollmächtigten des Bundesraths mit Instructionen versehen. Ueberhaupt ist nicht anzunehmen, daß der Reichstag mit einem Vereinsgesetz Seitens des Bundesrathes noch in dieser Session wird befaßt werden. Der Umfang der bereits eingebrachten Vorlagen, und solcher, welche unabweisbar noch zur Erledigung gebracht werden müssen, ist so groß, daß es ganz besonderer Anstrengungen von allen Seiten bedürfen wird, um bis Ende Juni die Session schließen zu können. Dies ist die ausgesprochene Absicht der Reichsregierung. Die Frage einer Herbstsession steht augenblicklich ganz im Hintergrunde und ist nur andeutungsweise zur Sprache gekommen. Dagegen wird man wohl zu einer Verminderung der Vorlagen des Reichstages schreiten müssen, wenn man, wie es im Wunsche der Reichstagsmitglieder und der Mitglieder des Bundesraths liegt, bis zu dem eben gedachten Termin den Reichstag schließen will. — Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat seine Dispositionen so getroffen, um die jetzt vorliegenden Arbeiten bis zum nächsten Sonnabend beschließen zu können. Die Eisenbahn-Anleihe und das Gesetz wegen Vertheilung der Preußen zufallenden Gelder aus der Kriegscontribution sollen morgen und übermorgen erledigt und das Herrenhaus stets in den Stand gesetzt werden, den Arbeiten des Abgeordnetenhauses zu folgen. Trotz alledem zweifelt man, ob es möglich sein wird, am Sonnabend die Session zu schließen. Die Verschleppung des Gesetzes über die Amtssprache durch die polnischen Mitglieder des Herrenhauses, stellt an sich schon die Erreichung des gedachten Termins sehr in Zweifel; jedenfalls glaubt man, die Landtagsverhandlungen nicht über den 20. dieses Monats ausdehnen zu dürfen. — Die Budget-Commission des Reichstages hat gestern die Vorlage wegen der Bewilligung von Mitteln für die Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen zum Gegenstand der Berathung gemacht. Es scheint, daß dem Gesetze mancherlei Einwände begegnen möchten. — Die Aufhebung der Eisenzölle ist im Schooße der preußischen Regierung Gegenstand einzelner Berathungen gewesen. Wir hören, daß dieselben zu dem Resultate geführt haben, daß die preuß. Regierung die Aufhebung und zwar im vollsten Umfange (einschließlich der Maschinen) bei dem Bundesrathe befürworten wird. Wir haben Grund zu der Annahme, daß unsere frühere Mittheilung, wonach die Aufhebung der Eisenzölle zu den Resultaten dieser Session gehören dürfte, Bestätigung finden wird.

[Handelsministerium.] Die heutige „Prov.-Corresp." schreibt: „Der bisherige Handelsminister Graf v. Itzenplitz hat die bei Sr. Majestät dem Kaiser und König erbetene Entlassung nunmehr erhalten. Der Minister, welcher im März 1862 zunächst in das landwirthschaftliche Ministerium, zu Ende des Jahres in das Handels-Ministerium eingetreten war, hatte schon vor einiger Zeit den Wunsch zu erkennen gegeben, mit Rücksicht auf sein hohes Alter die Leitung seines Ministeriums, welches unter den jetzigen Verhältnissen mehr als je eine frische und volle Kraft erfordert, anderen Händen übergeben zu können. Da jedoch jüngst gegen seine Verwaltung mannigfache schwere Anschuldigungen erhoben worden waren, so hielt er es für eine Forderung der Ehre, nicht eher aus dem Amte zu scheiden, als bis er Gelegenheit gehabt, gegenüber der eingesetzten Untersuchungs-Commission seine persönliche Amtsführung gegen jedes Bedenken zu rechtfertigen. Nachdem inzwischen die Arbeiten der Commission geschlossen sind, durfte der Minister durch die Ergebnisse derselben seinen Zweck für erreicht halten. Sein hiernach erneuertes Abschiedsgesuch ist von Sr. Majestät unter dem Ausdruck der lebhaftesten Anerkennung für die langjährigen, in schwerer Zeit geleisteten Dienste genehmigt worden. — Der jüngst bereits als Unterstaatssecretär ins Handelsministerium berufene Dr. Achenbach ist nunmehr zum Handelsminister ernannt worden.

[In Sachen „Kladderadatsch"] empfängt die „Voss. Ztg.", der auch wir die betreffende Notiz entnommen hatten, die folgende Berichtigung:

Sehr geehrter Herr Redacteur! Ihr geschätztes Blatt bringt in seiner Nummer vom 9. Mai eine die Beziehungen der Unterzeichneten zu dem Buchhändler Herrn A. Hofmann, als Verleger des „Kladderadatsch", besprechende Notiz. Die uns unerwartete Publizität, welche diese Angelegenheit erhalten hat, zwingt uns zu der ergebenen Bitte an Sie, uns ein berichtigendes Wort zu gestatten. — Die in jener Mittheilung erwähnten „neuen Contracte" resp. Geldbewilligungen stehen durchaus nicht, wie Ihr Herr Berichterstatter irrthümlich vernimmt, in irgend einer Beziehung zu dem Jubiläum unseres Blattes. Dieselben sind vielmehr, nachdem die mit dem Ende des vorigen Jahres ablaufenden älteren Verträge von den Unterzeichneten gekündigt waren, durch einen nach ziemlich langwierigen Verhandlungen zwischen den Betheiligten unter dem 19. November 1872 abgeschlossenen Vertrag vereinbart worden. Für die gefällige Aufnahme dieser Berichtigung im Voraus dankend, zeichnen wir hochachtungsvoll

E. Dohm. Rudolf Löwenstein. W. Scholz. J. Trojan.

[Zum Münzgesetz.] Die „Prov.-Corr." spricht sich heut recht hoffnungsvoll über die schließliche Entscheidung der Papiergeldfrage und die noch bestehende Differenz in Betreff des Zwei-Markstücks aus. Es war bekanntlich schon bei der zweiten Lesung des Münzgesetzes im Reichstage eine Bestimmung aufgenommen worden, daß ebenso wie die Banknoten auch das Staatspapiergeld künftig nur in Stücken von mindestens 100 Mark (33⅓ Thlr.) gestattet sein solle. Während die Bundesregierungen in Betreff der Banknoten zuzustimmen bereit waren, widersprachen sie sehr entschieden dem Beschlusse in Betreff der Beseitigung des kleinen Papiergeldes. In Folge dieses Widerspruches wurde im Reichstage der Vorschlag gemacht, die weitere, entscheidende Beschlußnahme über die in Rede stehende Frage noch auszusetzen, um zunächst abzuwarten, zu welchen Ergebnissen die schwebenden Verhandlungen zwischen den Bundesregierungen über die Papiergeldfrage führen werden. „Es ist zu hoffen", bemerkt hierzu die „Prov.-Corr.", „daß diese Verhandlungen in Kurzem zu einer Vereinbarung mit den vorzugsweise betheiligten Staaten und demnächst zu einer Verständigung mit dem Reichstage, sowohl über diesen wichtigsten Punkt, wie auch über die practische Regelung der noch bestehenden Differenz in Betreff des Zwei-Markstücks führen werden."

Italien.

Rom, 9. Mai. [In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Deputirten-Kammer] ergriff der Minister des Aeußern Visconti Venosta das Wort, um die Frage der geistlichen Orden in ihren Beziehungen zur Politik zu erörtern.

Der Minister weist zunächst den der Regierung gemachten Vorwurf zurück, daß ihre Politik eine reactionäre clericale, von dem Verlangen nach Zugeständnissen an die reactionäre Partei eingegebene sei. Die Gegner der Regierung acceptirten nur den ersten Theil des Programms: die Lösung der römischen Frage; dem zweiten Theile, der die Bedingungen für die Ausübung der religiösen Freiheit enthält, wollten sie nicht Rechnung tragen. Aber auch eine Fraction der regierungsfreundlichen Mehrheit bekämpfe die Vorlage, weil dieselbe befürchte, daß beim Fortschreiten auf dem mit dem Garantiegesetze betretenen Wege die clericale Partei zu mächtig werden

würde und daß die Regierung die clericale Partei für den Verlust der weltlichen Herrschaft durch eine um so größere geistliche Herrschaft zu entschädigen suche. Von dieser Partei drohe der Vorlage die meiste Gefahr. Der Minister vertheidigt darauf die Vorlage nach dieser Richtung hin. Die große Frage der Beziehungen zwischen Kirche und Staat lasse sich nicht mit Uebereilung lösen; sie verlange, wie alle großen Fragen eine schrittweise Entwickelung. Früher hätten Kirche und Staat sich gegenseitig unterstützt. Die Kirche hätte den Staat als ihren weltlichen Arm betrachtet, der Staat sich die Herrschaft über die Religion als Regierungsmittel zu sichern gesucht. Daraus seien die Concordate entsprungen; dieselben entsprächen aber nicht mehr dem modernen Geiste. Heute lebe man in einer Zeit der Zweifel und Meinungsverschiedenheiten. Der Eine sage: wie wollt ihr das Princip der religiösen Freiheit auf die katholische Kirche anwenden, in deren Schoß der volle päpstliche Absolutismus herrscht? Der Andere: wie wollt ihr, daß der Staat competent sei in Fragen der Religion? Wollt ihr eine neue revolutionäre Kirche zur Seite der alten errichten, die darum nur um so reactionärer werden wird? Der Minister glaubt nicht, daß Italien zu seinen anderen Sorgen noch die übernehmen wolle, eine neue Kirche zu gründen. Die Freiheit der Kirche sei ein Theil des Programms „Rom Hauptstadt". Man weise nun darauf hin, daß das Beispiel Deutschlands, wo der Staat die Kirche seine Hand fühlen lasse, nicht ohne Einfluß auf Italien bleiben könne. Die Lage Italiens sei aber eine andere als die Deutschlands; Italien müsse sich auf das beschränken, was ihm nach seiner besonderen Natur möglich sei. Für Italien liege die Frage zwischen Staat und Kirche einmal wie in der Schweiz und in Belgien; dann aber habe es noch eine andere Frage, die Existenz des Papstthums in Italien. Diese Frage habe kein anderer Staat, sie habe den Weg nach Rom so schwierig gemacht. In Rom bestehe eine große Institution, deren politische Bedingungen Italien geändert, welcher es aber gleichzeitig Achtung und volle Freiheit in der Ausübung der päpstlichen Gewalt zugesichert habe. Die Verfassung des Papstthums als einer geistlichen Macht habe die nationale Bewegung nicht angetastet. Die Frage des Papstthums müsse von der Frage der Beziehungen zwischen Staat und Kirche getrennt bleiben. Alle Katholiken könnten verlangen, daß das Papstthum als die höchste geistliche Autorität nicht der Willkür irgend welcher Regierung preisgegeben sei, während die Freiheit, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu ordnen, Italien wie jedem anderen Lande frei stehe. Italien habe in ersterer Hinsicht seine Pflicht durch das Garantiegesetz erfüllt; die Gegner möchten bedenken, daß dieses System der Kirche selber nicht sehr behage, also jedenfalls dem Staate Rechte sichere, welche die Kirche ihm nicht zugestehen möchte. Man tadle nun die praktische Haltung der Regierung der Kirche gegenüber als eine schwächliche. Die Regierung habe aber niemals auf das Recht verzichtet, ihren Gesetzen Achtung zu verschaffen. Er, als Minister des Aeußeren, werde jede fremde Einmischung in dieser Frage zurückweisen, die sich übrigens niemals bemerkbar gemacht hätte. Italien werde gut daran thun, die erwähnten beiden Fragen stets getrennt zu halten; das heißt an dem Papstthum, nach Beseitigung der weltlichen Macht desselben, Alles zu achten, was katholisch, universal, religiös sei; in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat als seinem öffentlichen innern Recht sich aber dieselbe Freiheit des Handelns zu wahren, die jeder andere Staat genießt. Das Papstthum dürfe nicht zu einer organischen Einrichtung des Königreichs Italien gemacht, der Papst nicht ein italienischer Unterthan werden; mit einer solchen Lösung der römischen Frage würde Italien in eine verworrene Politik sich einlassen, Italien müsse vielmehr von der römischen Frage Alles lösen, was unter dem Gesichtspunkte der Interessen anderer Nationen zu einem Gegenstand der Erörterung gemacht werden könnte. Das Garantiegesetz habe in dieser Hinsicht nicht Alles geleistet; es habe zwar die Souverainität des Papstes, die Immunität seiner kirchlichen Behörden, die Freiheit des Conclaves und die Verbindung mit dem Auslande gesichert. Es bleibe aber zu untersuchen, welcher Einrichtungen, als die höchste Leitung der Kirche constituirend, der Papst ferner noch bedürfe und diese Prüfung habe zu dem gegenwärtigen Gesetze geführt. Die Ordensgeneralate hätte einen eigenen Zusammenhang mit dem Papstthum, die klösterliche Vereinigung sei eine Erscheinung aller Religionen, dieselbe werde vom bürgerlichen Rechte nicht anerkannt, aber es lasse sich doch unmöglich leugnen, daß die Leitung des Mönchswesens dem höchsten Oberhaupte der Kirche als eine seiner geistlichen Befugnisse angehöre. Und es mußte daher ein Mittel gefunden werden, welches die Wirksamkeit dieser kirchlichen Einrichtung vor Behinderung schützt. Die Regierung habe, indem sie das „Generalatshaus" in das Gesetz einführte, nichts Neues geschaffen, sondern nur eine Einrichtung von universalem kirchlichen Charakter aufrecht erhalten. Ueber die Form, in welcher die Fortdauer der Generalatshäuser zu sichern sei, werde sich eine Einigung erzielen lassen. Die italienische Gesetzgebung werde fortfahren, das Mönchswesen nicht anders wie andere Vereinigungen zu behandeln. Die Vorlage bezwecke nur für immer eine Frage zu beschließen, die mit dem Garantiegesetze im Zusammenhange stehe. irgend welchem Druck von Außen her gebe die Regierung dabei nicht nach, andererseits könne Italien aber auch nicht dem Beispiele anderer Staaten (Deutschland) folgen, auf deren Gesetzgebung in den Reden hingewiesen worden sei, weil dort die Frage, mit welcher sich die Vorlage beschäftige, gar nicht existire.

Der Minister erklärt, daß er der Aufforderung, die in dieser Frage gewechselten diplomatischen Actenstücke vorzulegen, nicht nachkommen könne, weil er keine solche besitze. Man habe im Auslande der Loyalität seiner Versprechungen und seiner Politik vertraut. Nicht ein Notenwechsel, wohl aber ein Ideenaustausch habe stattgefunden, der dem Minister gestattet habe, sich einen Begriff davon zu machen, daß es sich um eine internationale Lage handle. Wenn die Kammer die Vorlage annehme, werde man sagen, Italien sei seinen Versprechungen treu geblieben; wenn die Kammer sie ablehne, werde man sagen, Italien will die Frage mit Gewalt lösen, indem es von einer günstigen, freilich vorübergehenden Lage Nutzen zieht. Der Minister fürchtet davon zwar keine unmittelbare Gefahr wohl aber einen unerwünschten oder hilfsweisen Vorbehalt in der öffentlichen Meinung der Welt. Die Frage würde dann offen bleiben zum Vortheil der Gegner Italiens. (Unruhe links.) Die clericale Partei, die Italien zu einem Zustande zurückführen wolle, wo es noch kein „Italien" gab, sei im Innern schwach; darum strebe sie dahin, Italien in Verwickelungen mit dem Auslande zu bringen und die Regierung müsse diesem Streben vorbeugen. Möge die Kammer der Regierung dabei behilflich sein und sich der nationalen Sache wie der Sache der allgemeinen Civilisation keinen Schaden zufügen.

Die Rede des Ministers rief unter den Abgeordneten eine lebhafte Bewegung hervor; nachdem noch Billia gegen und Berti für die Vorlage gesprochen hatten, wurde die Sitzung geschlossen. — Das von der Regierung zu dem Artikel über die Generalatshäuser gestellte Amendement lautet:

„Die Besitzthümer derjenigen Ordenshäuser, in denen gegenwärtig die Generale oder Generalprocuratoren von Orden, die im Auslande existiren, ihren Sitz haben, dienen zunächst zur Deckung desjenigen Betrages, welche nöthig ist für die Dotation der Pfarreien, für den Unterhalt von Spitälern oder zu anderen Zwecken der öffentlichen Wohlthätigkeit oder des Unterrichts, so wie zur Deckung des für Pensionen der Ordensmitglieder erforderlichen Capitals, welches auf den 16fachen Betrag der einmaligen Pensionssumme festgesetzt wird. Das Uebrige wird dem heiligen Stuhle überwiesen, um zur Aufrechthaltung seiner Beziehungen mit den im Auslande bestehenden Orden zu dienen. Die zu dem vorstehenden Zwecke nothwendigen Summen werden, falls sie nicht zu solchen, welche den dieser gehörigen Kirchen zugetheilt sind, mit dem Zwecke, zu dem Unterhalt der Generale oder Generalprocuratoren, so lange deren Amt besteht."

Von den übrigen unwesentlichen Amendements zum Entwurfe der Commission mag noch eins hervorgehoben werden. Während der Abschnitt 2 in Artikel 5 dort nur diejenigen Convente von der Conversion, also dem Verkaufe, ausnimmt, welche zu Wohlthätigkeits- oder Unterrichtszwecken gegenwärtig dienen und ferner dienen sollen, schließt ein Amendement des Ministeriums auch diejenigen aus, welche „große Bibliotheken oder Sammlungen von werthvollen Kunstsachen oder Alterthümern enthalten, in so weit", wie sie zu diesen Sammlungen in Anspruch genommen werden.

Amerika.

Chili. [Das „Königreich" Araucanien.] Aus dem chilenischen Consulat in London geht der „Times" folgende Zuschrift zu:

„Mein Herr! Ihren Wunsch kennend, das Publikum stets zu verhindern, in illusorische Projecte gezogen zu werden, und es in meiner Eigenschaft als Consul für die Republik Chili für meine Pflicht erachtend, das Publikum dagegen zu warnen, sich irgend wie mit Parteien einzulassen, die mit einer feindseligen Absicht gegen die chilenische Regierung operiren und die Provinz Araucanien betreffen, erlaube ich mir, Ihnen mitzutheilen, daß die Herren Bath u. Son, von welcher Firma ich ein Mitglied bin, von einer Person aus Greenwich einen Brief empfingen, worin ihnen vorgeschlagen wurde, in Geschäftsoperationen mit dem sogenannten „Königreich von Araucanien" zu treten, und ich habe erfahren, daß unter dem Vorwande von Colonisationszwecken Bonds emittirt wurden, zu dem Behufe, um sie hier und in Frankreich unterzubringen. Nachdem nun heute von einer Person, der einige angeboten worden waren, bei mir Erkundigungen eingezogen wurden, ob dieselben von der chilenischen Regierung garantirt würden, kann ich mit Bestimmtheit constatiren, daß dieselben gänzlich ohne die Sanctionirung der Regierung emittirt wurden; und möge es auch bekannt werden, daß „Araucanien", weit davon entfernt, ein Königreich zu sein, eine Provinz der Republik ist. Sie enthält eine Bevölkerung von ungefähr 90,000 Bew., hat große und bedeutende Städte, denen von der chilenischen Regierung in Santiago ernannte Beamte vorstehen, und Capital, sowie alle an der Küste ohne Erlaubniß der Regierungsbeamten ankommenden Güter würden confiscirt und die Parteien als Schmuggler behandelt werden. Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß alle Personen, die mit irgend einer gegen die Provinz gerichteten feindseligen Organisation in Verbindung stehen, strenger Bestrafung nach den Gesetzen der Republik verfallen, und, wenn Unterthanen Großbritanniens, sich den Strafen des Foreign Enlistment Akts aussetzen würden. Schließlich erlaube ich mir zu bemerken, daß ich in Uebermittelung dieser Mittheilung in Uebereinstimmung mit dem hiesigen Gesandten handle. Ich zeiche Ihr gehorsamer Diener Thomas K. Weir, Consul.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 15. Mai. [Das große Loos.] Der erste Hauptgewinn in der jüngst beendeten 147. Klassenlotterie fiel, wie bereits berichtet, in die Collecte von Eschenbach in Köslin. Wie wir von dort aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren, sind zwei Viertel davon in die Untercollecte von Meyer in Köslin gekommen, bei welchem das eine acht arme Tagelöhner und das andere ein nicht unbemittelter Gutspächter spielen. Bei dem Haupt-Collecteur waltet genau dasselbe Verhältniß ob. Der Inhaber des einen Viertels, ein nach Berlin übergesiedelter in den dürftigsten Verhältnissen lebender Schuhmacher-Meister, hat kurz vor Beginn der Ziehung vierter Klasse aus Noth den halben Antheil an einen Handlungsgehilfen abgetreten, dem die Erhaltung seiner armen Eltern obliegt, und dadurch noch eine bedürftige Familie hoch beglückt. — Auch von dem zweiten nach Berlin gefallenen Haupttreffer von 100,000 Thaler soll ein Viertel von einer Anzahl Schriftsetzerlehrlingen gespielt worden sein.

(Notizen aus der Provinz.) * Görlitz. Bei dem am Montag Nachmittag zwischen hier und Seidenberg vorübergezogenen Gewitter hat in Berna bei Seidenberg der Blitz in ein Häuslerstelle eingeschlagen, in Folge dessen diese niedergebrannt ist.

+ Rothenburg. Der Bau der Kohlfurth-Falkenberger Bahn wird rüstig gefördert. Aus Hoyerswerda kommt die Nachricht, daß man dort den Tag festlich begehen wird, an welchem die erste Locomotive in den Bahnhof einfährt. Aus Horka erhalten wir ebenfalls eine darauf hinweisende Notiz. Der 6⅓ M. hohe Damm, welcher bei Horka das Geleise über die Berlin-Görlitzer Bahn führt, ist von Biehain her bereits bis an diese Bahn fertig geschüttet. Von Niesky her ist man noch nicht ganz so weit vorgerückt. Die eine Brücke ist noch nicht fertig und der Abbruch dreier Häuser auf der Linie erst kürzlich zu Ende gebracht worden. Der Bau soll nun aber kräftig gefördert werden. Der neue Bahnhof liegt von Horka etwa 10 Min. ab nach Rothenburg hin. Noch ist nicht zu sagen, ob dieser Bahnhof ein Verbindungsbahnhof für die Kohlfurt-Falkenberger und Berlin-Görlitzer Bahn werden wird. An dieser letzteren wird in der Nähe von Mückenhain ein neuer Anhaltepunkt geschaffen, und dadurch einem lebhaft gefühlten Bedürfnisse der dortigen Gegend abgeholfen. 1¼ Hektaren Land sind zu diesem Zwecke bereits abgeholzt und werden planirt.

∧ Brieg. Das „Oderblatt" meldet: In einem der neuerbauten, soeben bezogenen Häuser ist die bis in die oberen Stockwerke geführte Wasserleitung Ursache zu einem sehr empfindlichen Schaden geworden. Das Dienstmädchen einer kaum eingezogenen Familie will den Wasserhahn benutzen, jedoch ohne Erfolg, da vermuthlich die Druckkraft des Wasserwerks zufällig nicht bis zu dieser Höhe stand; sie läßt nun den Hahn offen, verläßt die Küche und kehrt erst nach längerer Zeit dahin zurück; inzwischen war Wasserdruck gekommen und durch den offen gelassenen Hahn erfolgte nun derartige Ueberschwemmung des Stockwerkes, daß der Fußboden desselben, wie die Decke des unteren völlig verdorben wurden und zu kostspieligen und langwierigen Reparaturen oder gar Neulegungen nöthigen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 14. 15.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	329''',38	330''',05	329''',97
Luftwärme	+ 7°,3	+ 3°,9	+ 4°,4
Dunstdruck	2''',16	2''',66	2''',67
Dunstsättigung	57 pCt.	94 pCt.	90 pCt.
Wind	NW. 4	NW. 1	W. 1
Wetter	wolkig.	trübe.	wolkig.
Wärme der Oder		7 Uhr Morgens	+ 6°,7.

Breslau, 15. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. — Z. U.-P. 1 F. 6 Z.

X. **Breslau**, 15. Mai. [Schifffahrtsnachrichten.] Das Wasser der Oder ist von gestern zu heut 6" gefallen. Das Verladungs- resp. Abschluß-Geschäft ist schlecht, weil es an Ladung mangelt. Im Unterwasser angekommen sind: Valentin und Joseph Zimbolek leer von Maltsch und Kluge mit Schwefelsäure von Stettin. Abgeschwommen sind: ein Kahn mit Zink nach Hamburg; zwei Kähne mit Gütern nach Berlin; zwei Kähne mit Knochenkohlen und ein Kahn mit Steinkohlen nach Stettin; ein Kahn mit Kohlen nach Gransen; zwei Kähne mit Kohlen nach Pogel und zwei Kähne mit Eisenbahnschienen nach Steinau.

Berlin, 14. Mai. Im Ganzen zeigte sich die Börse beruhigter und die Tags vorher so stark gedrückten Course konnten sich etwas erholen, entsprechend der schon gestern nach Schluß der Börse eingetretenen Reprise, von der unser gestriges Referat nur in verstümmelter Form Kenntniß gab. Zwar blieb der Verkehr auf den meisten Gebieten noch in engen Grenzen und beschränkte sich vielfach auf Compensationsoperationen, die namentlich den Commissionshäusern geboten dünken. Aus Wien lagen keine Nachrichten vor, die die dortige Situation geschärfter erscheinen ließen und der Rückgang der von dort gemeldeten Course ist wohl lediglich als Folge der erheblichen Cours-Reductionen, die gestern hier Platz gegriffen hatten, anzusehen. Eine eigentliche Kauflust ist im heutigen Verkehr ebenso wenig zu beobachten gewesen, wie ein überwiegendes Angebot; die Lage des Wiener Platzes macht eine abwartende und zurückhaltende Tendenz auch unserer Börse zur unabweisbaren Pflicht. Geld ist hier flüssig, wird aber wenig begehrt. Das Geschäft eröffnete in guter Festigkeit, ermattete aber später. Die Course der Speculationspapiere setzten gegen die gestrigen Schlußnotirungen bereits höher ein und vergrößerten diese Avance zwar unter mannigfachen Schwankungen auch im weiteren Verlauf des Geschäfts, die Umsätze blieben aber bescheiden. Oesterreichische Bahnen wurden recht lebhaft gehandelt und konnten ebenfalls vielfach die Course erhöhen, besonders waren Galizier, Oesterr. Nordwestb., Rudolfb. und Kaschau beliebt. Auswärtige Fonds nahmen Anfangs einen recht festen Anlauf und gingen in größeren Beträgen unter Courserhöhungen um, gegen den Schluß der Börse schwächte sich die Tendenz wieder ab. Oesterr. Renten, Italiener und französische Rente höher, Amerikaner meist unverändert, Türken schwächer behauptet. Russische Staatswerthe ziemlich belebt. Für Deutsche Fonds waltete ein stärkeres Angebot vor, Preußische Pfandbriefe und Rentenpapiere theilweis niedriger, zu ermäßigten Coursen aber schlank zu lassen. Preuß. Staatsanleihen mehr fest in gutem Verkehr. Prioritäten wenig belebt, eher matt. Kaiser Ferd.-Nordb. 96 Geld. Auf dem Eisenbahnactienmarkte zeigte sich eine Besserung; die rheinisch-westphäl. Devisen eröffneten matt, wurden später bei reger Nachfrage fest und erhöhten auch etwas die Notirungen. Andere Bahn-Actien trugen ebenfalls eine ruhigere Physiognomie, leichte Bahnen blieben meist niedriger und gedrückt. Das Prämien-Geschäft ruhte gänzlich. Die Stimmung für Bank-Actien hatte insofern eine Wandlung erfahren, als die Verkaufsaufträge, die gestern so bedeutende Rückschritte veranlaßten, für die Hauptdevisen aufgehört hatten, die betreffenden Effecten begegneten im Gegentheil guter Aufnahme und zogen im Course an, Nebendevisen blieben aber matt, Hamburger Banken hielten sich meist unverändert, Breslauer Banken steigend. In Industriepapieren ging nur wenig um, Brauereiactien still, Baugesellschaften eher beliebt. Rathenow. Holzf. lebhaft gestiegen. Montanwerthe ziemlich ruhig und zum Theil besser, Cöln. Bergwerk fest, Dortmunder Union sehr lebhaft und höher, Laura schwankend, ebenfalls anziehend, Phönix A. und B., Bochumer A. und B. steigend und sehr begehrt. — Wiener Wechsel in unregelmäßigem Verkehr und wiederum niedriger. (Bank- u. H.-Z.)

Posen, 14. Mai. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) fester. Kündigungspreis 55. Gek. — Wspl. Mai 55 G., Mai-Juni 54½ bez. Br. u. G., Juni-Juli 54½ bez. Br. u. G., Juli-August 53⅝ G., 53¾ Br., August-September 52¾ Br., Herbst 52 Br. — Spiritus (pro 10,000 Liter %) flau. Kündigungspreis 17¹¹⁄₂₄. Gek. — Liter. Mai 17½ bez. u. G., Juni 17¾ bez. u. Br., Juli 18 bez. u. Br., August 18¼ bez. u. G., September 18⁵⁄₁₂ Br., October —.

Posener Markt-Bericht. Weizen: begehrt, pro 1050 Kilogramm feiner 90–95 Thlr., mittel 80–85 Thlr., ordinär und defect 70–75 Thlr. — Roggen: gefragt, pr. 1000 Kilogr. feiner 55–58 Thlr., mittel 52–54 Thlr., ordinär 50–51 Thlr. — Gerste: ohne Angebot, pr. 925 Kilogr. feine 49–53 Thlr., mittel und ordinär 44–47 Thlr. — Hafer: beachtet, pr. 625 Kilogramm feiner 30–33 Thlr., mittel u. defect 27–29 Thlr. — Erbsen: unverändert, pro 1125 Kilogramm, Koch-Erbsen 50–54 Thlr., Futter-Erbsen 44–47 Thlr. — Lupinen: preishaltend, pr. 1125 Kilogr. gelbe 33–37½ Thlr., blaue 28–31 Thlr. — Wicken: matter, pr. 1125 Kilogr. 34–38 Thlr. — Oelsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr. Rips — Thlr. — Leinsaamen: ohne Umsatz, pro 50 Kilogr. 75–85 Thlr., — Klee matt, weiß 10–20, roth 12–18 Thlr. — Buchweizen: geschäftslos, pr. 75 Kilogramm 46–50 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Regnerisch.

Leipzig. [Meßbericht.] Seidenwaaren, Seiden-Sammete und Seidenbänder. Nachdem schon vor der Messe die rohe Seide durch das Ausbleiben der amerikanischen und englischen Käufer in den Fabriken im Preise gefallen war, ist dieselbe im Laufe der Messe wieder 5 Procent gestiegen, da der anhaltende Regen und die eisig kalte Witterung, von der selbst Italien nicht verschont geblieben ist, sehr nachtheiligen Einfluß auf die Seidenwürmer ausgeübt hat. Dieser Umstand wirkte auch auf das Meßgeschäft nachtheilig, abgesehen davon, daß die eingetretene Börsenbaisse fast alle betreffenden Einkäufer in Seidenwaaren unangenehm hatte berühren müssen. Schwarze Taffete, Epinglés, Faille und Cachemirs wurden nur in guten Qualitäten gesucht, dagegen blieb leichter rheinischer Stoff vernachlässigt und fast unbeachtet. Die hier anwesenden Kürschner traten für den Einkauf unerwartet lebhaft ein, und kauften bedeutende Posten in leichten Futter-Stoffen, als: Marcelline, Taffete und Satins. Die vorherrschende Farbe war hell- und dunkelbraun, hell- und dunkelgrün, und weiß. Für die Damen-Confection wurden Crêpe-Europhane und Turquoise nur in neuen matten Farben gesucht, als: blaßgrün, blaßroth, blaßblau, blaßbraun ꝛc. Schmale Grosdenaples wurden ganz vernachlässigt. Franz. breite schwarze Seitensammete in guten Qualitäten sehr gesucht und zu erhöhten Preisen gekauft, da das zugeführte Quantum sehr gering war. — Seidene Bänder gingen nur in Moirés, als Nr. 4, 9, 12, 16, 22, sowohl schwarz als in neuen matten Farben. Braun, mais, lila und Modefarben, zu Strohhut-Garnituren passend, gingen sehr stark. Bauern-Bänder in Nr. 12–16, weiß façonnirt, wurden von den anwesenden polnischen, russischen, ost- und westpreußischen Käufern stark gekauft. Auch Stoff-Hutfabrikanten haben 30 Zoll breite Taffte mit Appret in bedeutenden Posten gekauft. Es wurden auch große Aufträge für baldige Effektuirung verzeichnet und angenommen.

Berliner Shawls und Tücher. In Folge der eingetretenen kalten Witterung wurde auch während dieser Messe schwere gewalkte Waare noch lebhaft gekauft. So gingen Himalaya-Shawls in gestreiften Melangen unerwartet gut. Norweger, Schweden, Holländer und Dänen, so auch Deutsche kauften ansehnliche Posten in allen guten und schweren Qualitäten. Schottische elegante Muster, gestreift und in Carreaux, fanden ungetheilten Beifall, und es scheint, daß diese Farbenstellung als eine der beliebtesten sich erhält. Velours und Lama-Tücher fanden gewohnten Beifall, in Folge dessen manch belangreiches Quantum davon gekauft wurde. Cachemir-Tücher mit seidenen Netzfranzen, sowohl in weiß als in schwarz, sind hinsichtlich ihrer Eleganz besonders bevorzugt worden. Auch Crêpe de Chine-Tücher gingen lebhafter als sonst; selbst Cravatten, kleine Shawls u. s. w. sind in Folge ihrer stichhaltigen Waschbarkeit sehr beliebt und bevorzugt geblieben. — Long-Shawls in guten Qualitäten und in neuer hervorragender Zeichnung gingen unerwartet lebhaft. Sonach fiel auch die Messe in dieser Branche ganz befriedigend und lohnend aus. — Kleinkarrirte Tücher in reiner Wolle waren bald geräumt.

Hamburg, 13. Mai. [Kaffee.] Nach Berichten, welche der hiesigen „Börsenhalle" aus Rio de Janeiro vom 23. April (per Dampfer „Boyne") zugegangen sind, betrugen seit letzter Post die Abladungen von Kaffee nach dem Canal und der Elbe 17,000, nach Havre, engl. Häfen, Belgien, Holland und Bremen 13,500, nach der Ostsee, Schweden, Norwegen und Kopenhagen 1700, nach Gibraltar und dem Mittelmeer 8000, nach Nordamerika 70,400 Sack. Vorrath in Rio 150,000, tägliche Durchschnittszufuhr 3500 Sack. Preis für good first 9300 à 9500 Reis. Cours auf London 26 à 26¼ D. Fracht nach dem Canal 30 Sh. Abladungen von Santos nach Nord-Europa 42,100 Sack. Preis für gute Qualität in Santos 8600 Reis. Vorrath in Santos 26,000 Sack.

Wien, 14. Mai. [Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.]

Notenumlauf	329,878,560,	Zunahme	8,306,300	Fl.
Metallschatz	143,176,476,	Zunahme	1	„
In Metall zahlbare Wechsel	4,359,603,	Zunahme	20,000	„
Staatsnoten, welche der Bank gehören	932,992,	Abnahme	250,954	„
Wechsel	173,585,839,	Zunahme	6,574,958	„
Lombard	32,499,500,	Zunahme	4,568,700	„
Eingelöste und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe	3,571,933,	Zunahme	21,067	„

Rotterdam, 14. Mai. Die heutige durch die niederländischen Handels-Gesellschaft abgehaltene Auction von 83,477 Ballen Java- und 3000 Ballen Makassar-Kaffee ist wie folgt abgelaufen Es wurden angeboten:

Ballen.	Beschreibung.	Taxe Cts.	Ablauf Cts.
2228	Preanger, braun bis hellbraun	62½–68	61¾–67¾
1480	„ gelb	61 –61½	62¾–63¾
3715	Cheribon blas grünlich	56¾–57	58¼–59¼
3921	„ blank bis blaß	56½–57½	57½–60
2044	Havanna Art blaß blank	56½ —	57½–57¾
2853	„ blaß grünlich	56 —	57½–58¾
13755	Tagal grün bis grünlich	56¼–57	57¼–57¾
5401	Solo grün, etwas fuchsig	56 –56¼	57½–57¾
12894	„ grün bis grünlich fuchsig	55¾–56¼	56¾–57¾
25184	Malang gut grünlich	55½–56	56½–57½
1780	Timor blaß, blank, grünlich	56 –56½	57½–58
1071	Makassar Parie Boa ꝛc.	54½–56	55½ 57
625	Triage blaß grünlich	46 –48	47¼–49¾
9525	B. S. und diverse	— —	— —
86477	Ballen.		

Javakaffee-Packungen unter 100 Ballen sind hierbei nicht in Betracht genommen.

[Zollfreiheit für Reis zur Stärkebereitung.] Auf die Vorlage des Präsidiums, betreffend den Erlaß allgemeiner Vorschriften über das Verfahren bei zollfreiem Einlaß von Reis zur Stärkefabrikation, hat der Bundesrath in der Sitzung vom 27. v. M. nach Anhörung des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen beschlossen, daß die vorgelegten „Vorschriften in Beziehung auf die zollfreie Einfuhr von Reis zur Stärkefabrikation" allgemein im deutschen Zollgebiete zur Anwendung zu bringen seien.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Pest, 14. Mai. Alle bedeutenderen hiesigen Banken haben in einer Conferenz ihrer Vertreter sich zu dem Beschlusse geeinigt, bei den Kostzuschüssen mit der größten Schonung zu Werke zu gehen; außerdem soll ein ansehnlicher Baarfond zusammengeschossen werden, um billig ausgebotene Effekten gemeinschaftlich anzukaufen. Auch soll die Nationalbank um eine reichlichere Dotirung der hiesigen Filiale und um coulante Escomptirung angegangen werden.

Pest, 14. Mai. Der „Pester Lloyd" sucht den Nachweis zu führen, daß durch die Vermehrung der Banknoten die Valutaregelung nicht erschwert werde und versichert, die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten nach Wien habe zum Zweck, dem ungarischen Handel dessen gebührenden Antheil an der Notenvermehrung zu sichern. Der ungarische „Lloyd" verurtheilt die Haltung der ungarischen Opposition anläßlich der Suspendirung des § 14 der Bankacte, indem es sich nicht

um die bankpolitische Seite dieser Maßnahme als vielmehr um das volkswirthschaftliche und politische Interesse Ungarns handle.

Graz, 14. Mai. Der österreichische Botschafter beim päpstlichen Stuhle, Aloys Baron v. Kuebeck, ist heute Vormittag hier verstorben.

Bern, 14. Mai. Der Bundesrath hat heute den zwischen der schweizerischen Jurabahngesellschaft und der französischen Ostbahngesellschaft abgeschlossenen Eisenbahnvertrag genehmigt.

Freiburg (Schweiz), 14. Mai. Den sämmtlichen schweizer Bischöfen, welche zu einer Conferenz bei dem hiesigen Bischof Marilley versammelt waren, wurde gestern Abend von den Schülern des hiesigen Collegiums unter Theilnahme von Pfarrgeistlichen eine Serenade gebracht. Die Bevölkerung verhielt sich dieser Ovation gegenüber indeß theilnahmlos und das auf den Bischof Lachat und auf Mermillod ausgebrachte Hoch fand kleinen Anklang.

London, 13. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde von Stanley die Frage wegen Errichtung von Spielbanken in Helgoland zur Sprache gebracht. Der Unterstaatssecretär im Departement der Colonien, Hugessen, gab darauf die Erklärung ab, daß die den Behörden von Helgoland ertheilte Erlaubniß zur Errichtung öffentlicher Spielbanken schon seit 2 Jahren wieder zurückgezogen worden sei. — Im Oberhause passirte die Bill über Aufhebung des Testeides an der Universität Dublin die zweite Lesung.

London, 14. Mai. Durch den mit 203,339 Dollars in Gold in Plymouth eingetroffenen Dampfer „Elbe" sind folgende Nachrichten aus Central- und Südamerika eingegangen: In Salvador hatten neuerdings wiederholt Erdbeben stattgefunden, durch welche u. A. auch der Nationalpalast zerstört worden war. — In Panama hat der Präsident seine Stelle niedergelegt und ist an seiner Statt Cervera zum Präsidenten ernannt. In Guatemala dauert der Bürgerkrieg fort; von der Partei der „Reactionäre" wird die Candidatur Cerna's um die Präsidentschaft unterstützt. Die Grenzstreitigkeiten zwischen Columbia und Venezuela nehmen einen anscheinend friedlichen Verlauf.

Petersburg, 14. Mai. Mittheilungen, die von privater Seite von der Khiwa-Expedition eingetroffen sind, besagen, daß das Kasalinsk'sche Detachement einige Tage an der Irik-Bay Rast machte, um dort zur Sicherung der Straße ein Fort zu erbauen. Dasselbe wurde in kurzer Zeit vollendet, mit einigen Geschützen armirt und am 25. März allen Sitzs von der Besatzung bezogen. Nach den Aussagen der abgesandten Kundschafter verschanzen sich die Khiwesen in Klytsch am Daukara-See; ihre Avantgarde ist bis Meinbulak gegen die Russen vorgeschoben.

Petersburg, 13. Mai. Der Schah von Persien reist am 15. d. von Tzarityn ab, trifft um 8 Uhr des folgenden Morgens in Borissogiebsk ein und reist nach kurzem Aufenthalte nach Kozlow weiter. Die Ankunft in Rjäsan erfolgt am 17. Mai Nachts, in Moskau am 18. Vormittags 10½ Uhr.

Petersburg, 14. Mai. Von dem Chef des Krasnowodskischen Detachements der Khiwa-Expedition ist, dem „Russischen Invaliden" zufolge, die Meldung eingegangen, daß die Colonne am 17./29. April in Igda angelangt ist. Die russische Kavallerie war bis zu dem turkmanischen Aul Atabajeff vorgedrungen und hatte in der Nähe desselben ein Scharmützel mit den Turkmanen gehabt. Die Letzteren hatten 22 Todte, von den Russen wurde ein Offizier verwundet. Tausend Kameele wurden erbeutet und viele Gefangene gemacht. Die Krasnowodskische Colonne wird voraussichtlich am 1./13. Mai Ismychir erreichen, das von Khiwa 60 Werst entfernt ist.

Newyork, 14. Mai. In Louisiana ist die Ruhe vollständig wiederhergestellt.

Havana, 13. Mai. Regierungsseitig wird officiell gemeldet, daß Ignacio Agramonte, der Oberbefehlshaber der Insurgenten auf Cuba, getödtet worden sei.

[Lemberg-Czernowitzer Bahn.] Der Sequester der Lemberg-Czernowitzer Bahn soll vom Finanzminister ein finanzielles Zugeständniß erhalten haben, um welches sich die frühere Verwaltung der Bahn durch Jahre vergeblich bemüht hat. Wir erfahren nämlich, daß dem Sequester gestattet worden sein soll, den Betrag der jährlichen Einkommensteuer in die Betriebsrechnung einzustellen. Auf solche Weise würde sonach auch dieser Betrag künftighin aus der Staatsgarantie ersetzt werden. Es soll übrigens, wie wir hören, auch der noch viel weiter gehende Antrag des Sequesters, die Besteuerung des der Bahn aus dem Titel der Staatsgarantie erwachsenden jährlichen Einkommens gänzlich fallen zu lassen, Aussicht auf Erfolg haben. (N. Fr. Pr.)

Berlin, 14. Mai. **Weizen**: Termine ziemlich behauptet. Gekündigt 21,000 Ctnr. Kündigungspreis 91¾ Thlr. Loco 72—94 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro Mai 91¼—91—91¾ Thlr. bez., Mai-Juni 89—88¾—88⅞ Thlr. bez., Juni-Juli 88¼ Thlr. bez., Juli-August 86—85¾—86 Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October — Thlr. bez., geringer gelber 80 Thlr. bez., schwerer 88—90½ Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco wurde mäßig angeboten. Termine verkehrten heute in recht fester Haltung und im Verlauf wurden zur höhere Preise bewilligt. Gekündigt 12,000 Ctnr. Kündigungspreis 51¾ Thlr. Loco 55—60 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, inländischer 58—60 Thlr. ab Kahn und Bahn bez., russischer 54¾—55 Thlr. ab Kahn und Bahn bez., pr. Mai 54¾—⅞ Thlr. bez., Mai-Juni 54¾—⅞ Thlr. bez., Juni-Juli 54¼—⅞ Thlr. bez., Juli-August 54½—55 Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October 54½—55 Thlr. bez. — Rüböl loco fest bei stillem Geschäft etwas höher. Gekündigt 100 Ctnr. Kündigungspreis 21⅞ Thlr. Loco 21⅞ Thlr. bez. — Spiritus in loco und auf nahe Termine sehr fest und höher, war sonst auch etwas besser, loco ohne Faß 18 Thlr. — Sgr. bez., pro Mai 18 Thlr. 4—7 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 4—7 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Thlr. 6—10 Sgr. bez., Juli-August 18 Thlr. 18—19 Sgr. bez., August-September 18 Thlr. 25—27 Sgr. bez., September-October 17 Thlr. 16—18 Sgr. bez. — Gekündigt 60,000 Liter. Kündigungspreis 18 Thlr. 3 Sgr. bez. — Wetter: regnerisch.

Breslau, 15. Mai, 9¾ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war ohne Bedeutung bei schwachen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen blieb in feinen Qualitäten gut verkäuflich, pr. 100 Kilog. schlesischer weißer 7⅔ bis 9⅛ Thlr., gelber 7⅓—9⅙ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen war gut beachtet, pr. 100 Kilog. 5⅔—6⅔ Thlr., feinste Sorte 6¾ Thlr. bezahlt.

Gerste matter, pr. 100 Kilogr. 5¼—5½ Thlr., weiße 5⅚—6 Thlr.

Hafer matter, pr. 100 Kilogr. 4⅔ bis 4½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen offerirt, pr. 100 Kilog. 4¼—5⅓ Thlr.

Wicken matter, pr. 100 Kilogr. 5—5⅓ Thlr.

Lupinen gesucht, pr. 100 Kilogr. gelbe 3⅜—3⅞ Thlr., blaue 3 bis 3⅓ Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5⅔—6 Thlr.

Mais schwach zugeführt, pr. 100 Kilog. 5⅓—5⅔ Thlr.

Oelsaaten schwach offerirt.

Schlaglein gute Kauflust.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
Schlag-Leinsaat	8	20	—	9	—	—	9	15	—
Winter-Raps	8	—	—	8	20	—	9	—	—
Winter-Rübsen	8	5	—	8	17	6	8	27	6
Sommer-Rübsen	8	—	—	8	17	6	9	—	—
Leindotter	7	5	—	7	15	—	8	—	—

Rapskuchen fest, schlesische 71—72 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen unverändert, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat ohne Zufuhr, — rothe 12—16¾ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiß 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee ohne Änderung, 9¼—10 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Brutto 28—32 Sgr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Berliner Börse vom 14. Mai 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	4	139¼ bz.
do. do.	2 M.	4	138¼ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	— —
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst.	3 M.	4½	6.19⅜ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	5	89½ bz.
do. do.	2 M.	5	86¼ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56 14 B.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6	99⅞ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	88⅛ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	5½	80 bz.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½ %ige	4½	100 bz. G.
dito consolid.	4½	104 bz.
dito 4%ige	4	95½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	88½ bz.
Präm. Anleihe v. 1855	3½	124 G.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	100⅛ bz.
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	90¼ bz.
Pfandbriefe: Berliner	4½	99¾ bz.
Central-Boden-Cr.	5	100 G.
do. Unkündb.	5	105¼ G.
Pommersche	3½	81½ B.
Posensche	4	88 bz.
Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	93½ bz. B.
Pommersche	4	94 B.
Posensche	4	92 bz.
Preussische	4	94¼ bz.
Westfäl. u. Rhein.	4	97 B.
Sächsische	4	— —
Schlesische	4	92½ bz

Kurh. 40 Thlr.-Loose 71¾ bz. B.
Oldenburger Loose 36¾ bz.

Louisd'or — —	Dollars — —
Sovereigns 6.21⅜ bz.	FrmdBkn. 99⅔ bz G.
Napoleons 5.10⅛ bz.	Oest. Bkn. 88¼ bz.
Imperials — —	Russ. Bkn. 80¼ bz.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	63¼ à ⅜ bz. G
do. Papierrente	4⅕	60½ à 59½ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	90½ à 89½ bz G
do. 54er Präm.-Anl.	4	90 bz G
do. Credit-Loose	—	116 bz.
do. 64er Loose	—	95 bz.
do. Silberpfandbr.	5½	79½ B.
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ges.	5	90 bz.
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	129 bz.
do. do. 1866	5	128 bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	87 bz.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	75¾ bz
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	74¾ bz.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63⅜ B.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	96¾ bz. G.
do. do. p. 1885	6	97⅛ bz B.
do. 5% Anleihe	5	85½ bz.
Badische Präm.-Anl.	4	109 B.
Baiersche 4% Anleihe	4	111⅜ bz B.
Französische Rente	5	85½ G
Ital. neue 5% Anleihe	5	60⅜ à ¾ bz.
Ital. Tabak-Oblig.	6	83¾ bz.
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	79 et bz. G.
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	5	58½ bz. G / 61¼ à ⅜ bz.
Ung. 5% St. Eisenb. Anl.	5	72 bz. B.

Badische 35 Fl.-Loose 38 bz.
Braunschw. Präm.-Anl. 23 bz.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 10 1/16 bz. B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	99½ et bz. G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	81 G.
do. do. VI.	4½	98⅞ bz
do. Nordbahn	5	101¾ bz. B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	96¼ G
do. do. G.	4½	96¼ G.
do. do. H.	4½	96¼ G.
Cöln-Minden III.	4	— —
do. do. do.	4½	99½ bz G.
do. do. IV.	4	89¾ G.
do. do. V.	4	—
Märkisch-Posener	5	101 bz B.
Ndrschl.-Märkische	4	92½ G.
do. do. III.	4	91 G.
do. do. IV.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	99½ bz. G.
do. do. D.	5	99½ bz. G.
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	89½ G.
do. E.	3½	82 B
do. F.	4½	99½ B.
do. G.	4½	98½ B.
do. H.	4½	99½ B.
do.	5	100½ bz
do. Brieg-Neisse	4½	— —
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	88 G.
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	—
do. do.	5	—
Ostpreuss. Südbahn	5	101½ G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	102 B.
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Stargard-Posen III. Em	4½	—
Lemberg-Czernowitz	5	68 bz.
do. do. II.	5	74 et bz. B.
do. do. III.	5	68¼ bz.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	92 bz.
do. do. neue	5	— —
Kaschau-Oderberg	5	81¼ bz.
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	81 bz B
Mähr.-Schl. Centralbhn	5	76 bz.
Oesterr.-Französische	3	280⅛ bz.
do. do. neue	3	283⅛ bz. G.
do. südl. Staatsbhn.	3	244⅛ bz.
do. neue	3	244 bz.
do. Obligationen	5	84 bz.
Chemnitz-Komotau	5	91 bz.
Prag-Dux	5	84½ bz. G.
Dux-Bodenbach	5	89 G
Rockford Rock Island	7	30 B.
Ung. Nordostbahn	5	74¾ bz. B.
Ung. Ostbahn	5	63⅜ bz.
Warschau-Wien II.	5	94 B
do. III.	5	94 B.

Eisenbahn-Stamm-Actien

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	⅜	—	4	39⅛ bz
Berg.-Märkische	7½	—	4	114 à ½ bz
Berlin-Anhalt	18⅔	17	4	178⅝ bz
Berlin-Görlitz	0	3½	4	106¼ bz G.
Berlin-Hamburg	10⅔	12	4	226 bz G.
Berl.-Potsd.-Magd.	14	8	4	137 bz B.
Berlin-Stettin	11⅔	12⅔	4	182 bz G.
Böhm. Westbahn	8¼	—	5	99⅛ bz B.
Breslau-Freib.	9⅔	7½	4	110 bz
do. neue	—	—	5	102⅞ bz
Cöln-Minden	11⅕	—	4	148 à 48¾ b
do. do. neue	5	—	5	110½ bz G
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	62 bz B.
Gal. C.-Ludw.-B.	8⅔	—	5	94¼ à 96 bz
Halle-Sorau Guben	4	0	4	53 bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	69 bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	68 bz
Kronpr.-Rudolfb.	5	—	5	71½ bz
Ludwigsh.-Bexb.	11⅔	—	4	187¼ bz B.
Märk.-Posener	0	0	4	50½ bz
Magdeb.-Halberst.	8⅔	—	4	129 bz
Magdeb.-Leipzig	16	—	4	257 bz
do. Lit. B.	4	—	4	97½ bz B.
Mainz-Ludwigshaf.	11	—	4	162 bz
Ndrschl.-Märk.	4	—	4	—
Ndrschl.-Zweigb.	5	—	4	—
Oberschles. A. u. C.	13⅔	13⅔	3½	178 bz
do. B.	13⅔	13⅔	3½	154 bz
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	—	5	193 à 96 bz
Oester.-Nordwestb.	5	—	5	124½ à 26 bz
Oestr. südl. St.-B.	4	—	5	110½ à 11½ b
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	42½ bz
Rechte O.-U.-Bahn	3	6 1/15	5	123¾ bz
Reichenberg-Pard.	4 2/7	—	4½	72 bz
Rheinische	10	—	4	138-38¾ b.
Rhein-Nahe Bahn	0	—	4	38 bz
Rumän. Eisenb.	5⅔	—	5	42⅞ bz
Schweiz. Wes b. bz.	2	—	4	48¼ bz G.
Stargard-Posener	4½	—	4½	99½ B.
Thüringer	10½	—	4	134 bz B.
Warschau-Wien	12	—	5	83 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	103 bz G.
Berlin Nordbahn	—	—	5	50 B.
Breslau-Warschau	5	—	5	50 B.
Halle-Sorau Guben	5	2½	5	71 B
Hannover-Altenb.	5	—	5	82 bz
Kohlfurt-Falkenb	—	—	5	88 bz G.
Märk.-Posener	0	0	5	73¼ bz G.
Magdeb.-Halberst.	3⅔	—	3½	81 bz G.
Ostpr. Südbahn	0	0	5	66 bz
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	5	122 et bz G.
Saal-Bahn	—	—	5	67 bz

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	7½	5	86 G.
Berliner Bank	15	14	4	102 bz
Berl. Bankverein	16	18	5	120 bz G.
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	19 3/10	4	279⅞ bz
Berlin. Hand.-Ges.	12⅔	—	4	145 et bz G.
Berl. Lombard-Bk.	5	11¼	5	84¼ bz B.
Berl. Makler-Bank	25⅔	11	4	93¼ bz
Berl. Prod.-Makl-B.	—	8½	5	92½ G.
Berl. Wechslerbnk.	12½	0	5	48½ bz G
Braunschw. Bank	8⅔	8⅔	4	117⅞ bz G.
Bresl. Disc.-Bank Friedenthal u. C.	13	10	4	100 bz B
Bresl. Handels-Ges.	—	9	5	86¼ B.
Bresl. Maklerbank	—	30	5	123 bz G.
BreslMakl-Ver-Bk	4½	7	5	99¾ B.
BrProvWechslerB.	—	12	4	95 B
Bresl. Wechslerbnk.	13	12	4	109 b
Centr.-Bk. f. Genos.	12	14	4	112½ bz G
CoburgerCred.-Bk	10¼	7½	4	92¾ bz B.
Danziger Priv.-Bk.	7	7	6	114 B.
Darmst. Creditb.	15	15	4	169⅞ bz G
Darmst. Zettelbank	8	7	4	104¾ bz G.
Dessauer	—	—	Fr.	—
Deutsche Bank	8	—	4	98¾ bz B
DeutscheUnionsbk	11⅔	9½	4	93 bz G
Disc.-Com.-A.	24	—	4	232⅛ bz
Genfer Bank	—	—	Fr.	4 bz G.
Genossensch.-Bnk.	10⅔	—	4	129 bz B.
do. jung	—	—	4	125 B.
Gewb. Schuster u. C.	10⅔	—	4	106 bz
Goth. Grundcred.-B	9	9½	4	06¼ bz
Hamb. Nordd. Bk.	12 8/5	13⅔	4	159¾ bz
do. Vereins-Bk.	11¼	13⅛	4	120 G.
Hannover'sche do.	—	—	5	103 B.
do. Disconto-Bk.	—	5	4	78 bz
Hessische Bank	—	6⅔	4	75¼ bz G
Königsberger do	11	8	5	80 B.
Landw.-B. Kwilecki	—	—	4	85 G.
Leipz. Credit-Bnk	11	15	5	164⅞ bz G
Luxemburger do.	12	12	4	126 bz G.
Magdeburger do.	5⅘	5¾	4	104 G.
Meininger do	12	—	4	129½ bz
Moldauer Lds.-Bk	6	6⅕	4	64 G.
Ndrschl. Cassenver.	12	13¾	4	116 B.
Nordd. Grundcr.-B	8	—	4	103 bz G.
Oberlausitzer Bnk.	10⅔	18⅔	5	93 G.
Oest. Credit-Actien	17⅔	8	5	173 à 63½ bz
Ostdeutsche Bank	—	8½	5	75¼ bz G
OstdProducten-Bk	—	6½	5	70 bz
Posener Bank	8⅘	8	4	107⅛ bz
Pos. ProvWechslb.	—	13⅛	4	75 bz B.
Preuss. Bank-Act.	12 2/3	25	4	179½ bz B.
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	119 bz
Pr. Central-Bod. Cr.	9½	24	5	120¼ bz
Pr. Credit-Anstalt	—	7½	5	74 bz B.
Prov-Wechsler-Bk	—	12	4	82 bz G
Sächs. B. 60% I. S.	10	13	4	145¼ bz
Sächs. Cred.-Bank	11	—	4	108¼ et bz G.
Schles. Bank-Ver.	12	—	4	141 bz
Schl. Vereins-Bank	—	14	5	97 B.
Thüringer Bank	9	19	5	118⅓ bz
Ver.-Bk. Quistorp.	15	8	4	154 bz G
Weimar. Bank	7	5	4	113¼ bz
WienerUnionbank	16½	11½	5	110 bz
Berl. Eisenb. Bed-A	19⅔	0	5	180⅞ et bz
Görlitzer do.	0	14	5	63½ B.
Oberschles. do.	6	—	5	136½ bz
Märk. Schl. Masch-G	—	8	5	65 b G.
Nordd. Papierfabr.	8 1/10	17	5	92½ bz
Westend, Comm-G.	18	—	5	158 bz G.
Baltischer Lloyd.	10	—	5	58 bz
Bresl. Bierbrauerei	7	—	5	66⅛ G
do. verein. Oelfab.	—	7¼	5	81 bz
Bresl. E-Wagenbau	7	9	5	83 G.
Erdm. Spinnerei	—	6	5	78 bz G.
Hoffm's Wagg. Fab.	—	—	5	67¾ bz
S. Act. Br. (Scholtz)	9	7	5	77 G.
do. Porzellan	—	—	5	96 bz
Schl. Leinenindust	10	—	5	103 bz G.
Schl. Tuchfabrik	11	9	5	100 bz G
do. Wagenb. Anst	—	—	5	81¾ B.
Donnersmarkhütte	—	—	5	75¼ et bz G
Königs- u. Laurah.	22¼	—	5	227¾ bz
Lauchhammer	7	—	—	103¼ bz G
Marienhütte	—	—	—	106 b G.
Minerva	—	11	5	22½ G.
O. Schl Eisenwerke	—	10	5	80 bz G.
Redenhütte	—	—	5	92 G.
Schl. Kohlenwerk	—	—	5	107 bz
Schles. Zinkh.-Act.	9	—	5	101½ bz
do. St.-Pr.-Act.	9	—	5	101⅞ bz
Tarnowitz. Bergb.	9	—	4½	270 bz G.
Hyp. Pfdb. d. Pr. Bod	—	—	fr.	100 bz B.
Pomm. Hyp.-Briefe	—	—	fr.	100½ bz
Goth. Präm.-Pfndb.	—	—	5	103½ bz
MeiningerPrämPfb	—	—	5	91 B.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	16⅘	4	121 bz G.
Schles. Feuervers.	30	17½	4	118¼ G.

Bank-Discont 6 pCt.
Lombard-Zinsfuss 7 pCt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 14. Mai, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 54, 50. Anleihe de 1871 86, 30. Anleihe de 1872 87, 45. Ital. 5proc. Rente 62, 90. do. Tabaksactien 812, 50. Franzosen (gestempelt) 748, 75. do. neue —, —. Oesterr. Nordwestbahn —, —. Lomb. Eisenbahn-Actien 425, 00. do. Prioritäten 255, 75. Türken de 1865 54, 25. do. de 1869 320, 00. Türkenloose 169, 75. Matt.

London, 14. Mai, Nachmittag 4 Uhr. Bankeinzahlung 89,000 Pfund Sterling. Consols 93,05. Italienische 5procentige Rente 62. Lombarden 16,11. 5procentige Russen de 1871 93⅞. 5proc. Russen de 1872 93½. Silber 59½. Türk. Anleihe de 1865 53⅝. 6proc. Türken de 1869 61¾. 9proc. Türken-Bonds — —. 6proc. Verein. St. pro 1882 90⅞. Oesterr. Silberrente —. Oesterr. Papierrente —.

Frankfurt a. M., 13. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Lond. Wechsel 117. Pariser do. 91⅝. Wiener do. 103 7/16. Franzosen*) 338½. Hess. Ludwigbahn 163⅞. Böhmische Westbahn 236¼ Lombarden*) 194½. Galizier 221. Elisabetbahn —. Nordwestb. 220. Oregon 29¼. Creditactien*) 304. Ruff. Bodencredit 87. Russen 1872 90⅞. Silberrente 63⅝. Papierrente 59¾. 1860er Loose 89¾. 1864er Loose 169¾. Raab-Grazer 78¼. Amerikaner de 82 94¾. Darmst. Bank 433. Deutsch-österr. Bank 105⅝. Prov.-Disconto-Gesellschaft 146½. Brüsseler Bank 105¾. Berliner Bankverein 115¾. Frankf. Bankverein 120½. do. Wechslerbank 88¾. Nationalbank 993. Meininger Bank 127⅞. Schiff'sche Bank 225. Hahn Effectenbank 120⅞. Continental 103½.

Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 119¾.

Trotz ungünstiger Auffassung der aus Wien gemeldeten Suspendirung der Bankacte Stimmung entschieden beruhigter. Für Anlagewerthe beginnt wieder Nachfrage. Prolongation für gute Adressen leicht.

Nach Schluß der Börse Creditactien 304, Franzosen 339⅞ Lombarden 194½. Silberrente 63⅝.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 14. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 94¾. Creditact. 300½. Staatsbahn 338¾. Lombard. 194. Galizier 221. 1860er Loose 89¾. Silberrente 63⅝. Antwerp. Bank — Hahn'sche Effektenb. —. Papier-Rente —.

Nationalbank 990. Hahn 120. Fest, trotz Liquidation.

Dresden, 14. Mai, Nachmittags 2 Uhr. Creditactien 174½. Lomb. 110½. Silberrente 62¾. Sächsische Creditbank 108. Sächsische Bank (alte) 145½. do. (junge) 139. Leipziger Credit 166. Dresdener Bank 96. DresdenerWechslerbank 105. Dresdner Handelsbank 79. Sächsischer Bankverein 90. Oesterr. Noten 88¼. Lauchhammer —. Schwankend.

Hamburg, 14. Mai, Nachm. (Schluß-Course.) Hamb. Staats-Pr.-Anl. 101. Silberrente 63½. Oesterr. Creditactien 261. do. 1860er Loose —. Nordwestbahn 465. Franzosen 728. Raab-Grazer 82. Lombarden 418. Italienische Rente 60¼. Vereinsbank 119¾. Hahn —. Laurahütte 227. Commerzbank 106. Nordd. Bank 163½. Prov.-Disc.-Bank 135. Anglo-deutsche Bank 89½. do. neue 90¼. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union 148. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Präm.-Anleihe —. 66er Russ. Pr.-Anleihe —. Amerikaner de 1882 90½. Disconto 6½ pCt. Beruhigter, besser.

Hamburg, 14. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, aber ruhig, auf Termine fest. Weizen Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 262 Br., 261 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 251 Br., 250 Gd., pr. Septbr.-October 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 240 Br., 239 Gd. Roggen pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 163 Br., 162 Gd., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 162 Br., 161 Gd., pr. Septbr.-October 1000 Kilo netto 161 Br., 160 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl still, loco 35 Br., pr. Mai 23⅜, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 72½. Spiritus ruhig, pr. Mai 100 Liter 100% 42½, pr. August-September 46, pr. September-October 45½. Kaffee sehr fest; geringer Umsatz. Petroleum matt, Standard white loco 16, 50 Br., 16, 25 Gd., pr. Mai 16, 25 Gd., pr. August-December 17, 25 Gd. — Wetter: Schön.

Hamburg, 14. Mai, 8 Uhr 30 Min. [Abendbörse.] Oesterr. Silber-Rente —. Oesterr. Credit-Actien 256½. Franzosen —. Lombarden 416½. Italiener — —. Bergisch-Märkische — —. Cöln-Mindner — —. Rhein. Eisenb.-St.-Actien — —. Commerzbank 106. Norddeutsche Bank — —. Internationale Bank —. Anglo-Deutsche Bank 88. Laurahütte 224. Dortmunder Union 146½. Amerikaner —. Oesterr. Staatsbahn 725. Nordwestbahn —. Schwankend.

Liverpool, 14. Mai. Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Gefragt. Tages-Import 4000 B. amerikanische.

Liverpool, 14. Mai. (Mittags-Bericht.) Umsatz 15,000 Ballen. Speculation und Export 4000 Ballen. — Fest.

Middl. Orleans 9⅛, middl. amerikanische 8⅞, fair Dhollerah 6, middl. fair Dhollerah 5⅜, good middl. Dhollerah 4⅞, middling Dhollerah 4, fair Bengal 3⅞, fair Broach —, new fair Oomra 6⅞, good fair Oomra 6⅝, fair Madras —, fair Pernam 9½, fair Smyrna 7⅛, fair Egyptian 9¾. Amerikanische —.

Köln, 14. Mai, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen fester, hiesiger loco 9, 15, fremder loco 9, 5, pr. Mai 9, pr. Juli 8, 25, pr. Novbr. 7, 29. — Roggen fest, loco 5, 15, pr. Mai 5, 11, pr. Juli 5, 16, pr. Novbr. 5, 17½. — Rüböl ermattend, loco 12, pr. Mai 11 8/10, pr. October 12 9/20. Leinöl loco 12 5/10. Wetter: Gelinder.

Paris, 14. Mai, Nachmittag. [Productenmarkt.] Rüböl fest, pr. Mai 94, 25, pr. Juli-August 95, 00, pr. September-Decbr. 96, 50. — Mehl ruhig, pr. Mai 73, 75, pr. Juni 74, 25, pr. Juli-August —, —. — Spiritus pr. Mai 53, 00. — Wetter: Veränderlich.

London, 14. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Der Markt schloß für sämmtliche Getreidearten fest bei steigender Tendenz, jedoch nicht lebhaft.

Antwerpen, 14. Mai, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt] geschäftslos.

Antwerpen, 14. Mai. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 40½ bz., 41 Br., pr. Mai 40½ bz. u. Br., pr. Juni 41 Br., pr. September 43½ Br., pr. September-December 44½ Br., Ruhig.

Amsterdam, 14. Mai, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert, pr. Mai 388, pr. October 360. — Roggen loco behauptet, pr. Mai 200, pr. October 204½. Raps pr. Octbr. 413 Fl. Rüböl loco 42, pr. Herbst 42½. — Wetter: Trübe.

Am 1. Mai 1863 ist die erste evangelische städtische Mittelschule eröffnet worden. Zur Feier ihres zehnjährigen Bestehens ist an dem heutigen Tage beschlossen worden, eine Sammlung zu veranstalten, aus deren Ertrag nicht nur der Schulsaal mit einem passenden Schmucke versehen, sondern auch eine Stiftung begründet werden soll, aus welcher alljährlich am 1. Mai würdige Schüler mit Bücherprämien beschenkt oder mit Unterrichtsbüchern ausgestattet werden. An alle Freunde und Gönner der Schule, insbesondere an die ehemaligen Zöglinge der Anstalt und an die Eltern der gegenwärtigen Schüler ergeht die Bitte, dieses Unternehmen durch ihre Beiträge zu unterstützen. Zu deren Empfang sind die Unterzeichneten jeder Zeit bereit und werden im nächstjährigen Schulprogramm Rechenschaft ablegen.

Breslau, den 1. Mai 1373. 5893

C. G. Rösler, Curator, Nicolaistraße 21. W. Lillge, Curator, Weißgerberstr. 49. Dr. Th. Bach, Nicolaistadtgr. 5a. Dr. F. Carstädt, Sonnenstraße 49. R. Gasda, Friedrichstraße 80.

Erbbegräbnisse, Grüfte

werden nach geschmackvollen Zeichnungen aufs sauberste angefertigt.

Grab-Denkmäler

in Marmor, Sandstein und Granit in größter Auswahl auf Lager.

A. Schneider, Breslau,
Sandkirche 2 und Rosenthalerstraße, gegenüber der Wache. [5625]

Liebich's Etablissement.
Breslau, Sonnabend, d. 17. und Sonntag, den 18. Mai 1873
Zwei Concerte von Josef Gung'l.
Billets à 7½ Sgr. sind in der Kunst- und Musikalienhandlung von Theodor Lichtenberg, Schweidnitzerstrasse 30, zu haben. Kassenpreis 10 Sgr.

Im Comptoir der Buchdruckerei von Graß, Barth u. Comp., Herrenstraße Nr. 20, sind vorräthig:
Tauf-, Trau- und Begräbnißbücher Vormundschafts-Berichte, Nachlaß-Inventarien, Prozeß-Vollmachten, Eisenbahn- und Fuhrmanns-Frachtbriefe, Oesterr. Zoll- und Post-Declarationen, Zucker-Ausfuhr-Declarationen; — Protokollbücher, Vorladungen und Atteste für Schiedsmänner, Mieths-Contracte und Mieths-Quittungs-Bücher, Pensions-Quittungen.

Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein. (In Vertretung: Dr. Weis.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.